

SPD-Grundsatzprogramm

1. Die Zeit, in der wir leben

Das 21. Jahrhundert ist das erste globale Jahrhundert. Nie zuvor waren die Menschen weltweit so sehr aufeinander angewiesen. Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus wurde die Teilung unseres Landes und die politische Spaltung der Welt überwunden. Seither erleben wir den tiefsten geschichtlichen Umbruch seit der industriellen Revolution. Wissenschaft und Technik treiben ihn voran.

Immer schon hat die Zukunft Chancen verheißen und Gefahren geborgen. Neu ist, mit welcher Geschwindigkeit Chancen und Gefahren wachsen und unsere Aufmerksamkeit, unsere Bereitschaft zum Umdenken und Umsteuern fordern, manchmal überfordern. Wer aber Fortschritt will, muss Chancen nutzen und sich den Gefahren stellen.

Digitalisierte Medien mindern die Bedeutung des Raumes und machen Gleichzeitigkeit weltweit erlebbar. Immer mehr Menschen können in Sekundenbruchteilen überall auf der Welt miteinander kommunizieren. Informationen und Wissen sind an fast jedem Ort der Erde per Knopfdruck verfügbar. Wenn Milliarden Menschen in Rekordgeschwindigkeit miteinander kommunizieren, wächst auch das Stimmengewirr und die Schwierigkeit, Wichtiges vom Unwichtigen zu unterscheiden. Information wird leichter, Orientierung schwieriger.

Die Welt wächst zusammen

Es entsteht zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit eine globale Wirtschaft mit einer weltweiten Arbeitsteilung. Sie bietet die Chance, Hunger, Armut und Seuchen zu überwinden. Der wachsende Welthandel bringt unzähligen Menschen lang ersehnte Arbeit. In China, Indien und anderen Schwellenländern erreicht rasch wachsender Wohlstand allerdings nur einen Teil der Bevölkerung.

Globalisierung unter marktradikalen Vorzeichen hat den Kapitalismus radikalisiert. Er lässt alte Ungerechtigkeiten bestehen, schafft neue und droht, die Gesellschaft zu spalten.

Die Lebensweise der Industrieländer, vor allem ihre Übertragung auf mehr als sechs Milliarden Menschen, überfordert die ökologische Belastbarkeit der Erde.

Von Menschen verursachter Klimawandel, die Erwärmung der Erdatmosphäre ist bereits wirksam und schreitet rascher voran, als bisher vermutet wurde. Vorläufig tragen die Völker des Südens noch die Hauptlast durch Wüstenbildung oder Wasserknappheit. Ökologische Zerstörung führt zu Wanderungsbewegungen. Den Klimawandel zu begrenzen und zu bremsen, wird eine der zentralen Aufgaben der Politik im 21. Jahrhundert. Konflikte um knappe Ressourcen und Rohstoffe müssen rechtzeitig entschärft werden. Weil das Ende des Ölzeitalters näher rückt, müssen wir auf erneuerbare Energien umsteigen und Energie effizienter und produktiver einsetzen.

Im selben Maße, wie die Welt zusammenwächst, wird sie verwundbar wie nie zuvor. In manchen Kontinenten zerbröseln das staatliche Gewaltmonopol, zerfallen Staaten, und es entstehen Brutstätten für Anarchie und Terrorismus. Religiöse und politische Fundamentalisten teilen die Welt in Gut und Böse. Das bedroht den Frieden zwischen den Staaten, noch mehr innerhalb der Staaten. Im 21. Jahrhundert sind Kriege zwischen den Staaten Europas praktisch unmöglich geworden. Der Irakkrieg hat gezeigt, dass der Krieg keine Sieger mehr kennt. Privatisierte und oft auch kommerzialisierte Gewalt hält die Welt in Atem, vor allem ihre sichtbarste und gefährlichste Ausprägung, der Terrorismus,.

Verwundbar wird besonders der Nationalstaat. Für global agierende Konzerne ist er ein Standort, der in ihre weltweiten Gewinnstrategien passt – oder nicht, der also mit anderen um ihre Investitionen zu konkurrieren hat. Nationalstaatliche Rahmensetzung wird unterlaufen. Demokratisch gewählte Parlamente und Regierungen geraten unter Druck. Daher müssen Nationalstaaten sich zusammenschließen. Europa kann dabei Vorbild sein. Für manche Regionen der Erde ist es dies bereits.

Nach zwei mörderischen Weltkriegen und dem Holocaust haben die Völker Europas einen Kontinent des Friedens, des Wohlstands und der offenen Grenzen geschaffen. Die friedlichen Revolutionen von 1989 haben die Spaltung Europas in Ost und West überwunden. Die

Deutsche Einheit hat Freiheit und Demokratie für unser ganzes Land gebracht. Der Fleiß der Ostdeutschen und gesamtdeutsche Solidarität bringen die neuen Bundesländer auch wirtschaftlich voran.

Die Europäische Union, wirtschaftlich unbestreitbar ein Erfolg, durchlebt eine Vertrauenskrise. Die meisten Europäer, auch in Deutschland, verstehen Europa nicht nur als Friedensmacht, sondern auch als eigenes, zukunftsfähiges Gesellschaftsmodell, in dem Markt, Zivilgesellschaft und Staat dem Gemeinwohl dienen. Daher fordern sie ein Gleichgewicht zwischen dem wirtschaftlichen und sozialen Ausbau der Gemeinschaft.

Trotz aller Mängel ist das vereinte Europa das erste erfolgreiche Projekt, bei dem Nationalstaaten ihre Interessen gebündelt und auf zentrale Souveränitätsrechte verzichtet haben, um gemeinsam handeln zu können. Hier liegt unsere Zukunft.

Umbruch in der Arbeitswelt

Obwohl die Globalisierung der Finanzmärkte auch dem deutschen Nationalstaat zusetzt, gehört Deutschland zu den Gewinnern der Globalisierung. Drei Milliarden neuer Teilnehmer an der Weltwirtschaft sind zwar drei Milliarden zusätzlicher Konkurrenten um Arbeitsplätze, aber auch drei Milliarden möglicher Kunden. Die deutsche Industrie nutzt ihre Wettbewerbsvorteile. Schon in den letzten Jahrzehnten haben wir unseren Wohlstand auf den Freihandel gegründet. Daher liefern wir den Großteil unserer Exportwaren in die Europäische Union und nach Nordamerika. Inzwischen wächst der Anteil Osteuropas. Russland, China und Indien sind für uns riesige Zukunftsmärkte.

Aber nicht alle in unserem Land haben gewonnen. Florierende Unternehmen werden verlagert. Anonyme Fondsmanager kaufen und verkaufen Firmen wie Ware auf dem Großmarkt, ohne Rücksicht auf Belegschaften, Lieferanten oder Kunden. Die Logik des schnellen Profits verhindert langfristig nötige Investitionen in neue Arbeitsplätze. Marktradikale Globalisierung droht die Gesellschaft zu spalten in die wenigen, die mit ihrem Vermögen auf den Finanzmärkten profitieren und die vielen, welche die Zeche zu bezahlen haben.

Globalisierung beschleunigt die technische Innovation. Schwere körperliche Arbeit wird ersetzt. Wir können Krankheiten besiegen, die lange als unheilbar galten. Die durchschnittliche Lebenserwartung steigt. Durch neue Produkte und Verfahren werden kostbare Rohstoffe und Energie gespart.

Unsere Arbeitsgesellschaft wandelt sich rasch und gründlich. Der Wettbewerb, die Vielfalt der Beschäftigungsformen nimmt zu. Qualifikation, Ausbildung und Wissen werden immer wichtiger. Neue Berufe entstehen. Das traditionelle Normalarbeitsverhältnis – unbefristet und mit geregelten Arbeitszeiten – muss häufig einem Wechsel zwischen abhängiger Beschäftigung, Familienarbeit, Selbständigkeit oder auch Arbeitslosigkeit weichen. Der Sozialstaat ist darauf noch nicht ausreichend eingestellt.

Der Zwang zur Beschleunigung kann überfordern und ängstigen. Viele fürchten, abgehängt, vernachlässigt oder gar vergessen zu werden, auch von der Politik. Wer gering qualifiziert oder nicht mehr jung genug ist, wird oft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Wer Arbeit hat, sieht seine Lebensqualität häufig durch steigenden Druck, härtere Konkurrenz und die Anforderung bedroht, immer verfügbar zu sein. Frauen haben auch mit den besten Bildungsabschlüssen noch nicht überall denselben Zugang zu beruflichem Aufstieg und zu existenzsichernder Erwerbsarbeit.

Lebensqualität ist für Europäer mehr als Wohlstand. Zur Lebensqualität gehören lebendige, friedliche Gemeinschaften, in denen es solidarisch zugeht, in denen gleiche Chancen und Rechte gelten, auch zwischen den Geschlechtern. Menschen suchen Anerkennung, das Gefühl, gebraucht zu werden, nicht nur im Beruf. Sie leben in und von den Beziehungen in der Familie, zu Partnern, Kindern, Freunden. Dazu brauchen sie Zeit. Ein Leben nach der Stoppuhr, in dem Zeit nur noch Geld ist, widerstrebt Europäern. Der homo oeconomicus widerspricht europäischer Tradition. Daher ist der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft sogar ökonomisch ein Standortvorteil.

Soziales Gefälle und soziale Aufgaben

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben in der Bundesrepublik Sozialdemokratie, Gewerkschaften und soziale Bewegungen sozialen Fortschritt erstritten. Nie zuvor waren so

viele Menschen sozial so gut abgesichert, konnten so viele am sozialen und kulturellen Leben teilhaben.

Marktradikale Globalisierung gefährdet solche Erfolge. Die Kluft zwischen arm und reich vertieft sich wieder, auch in Deutschland. Nicht jeder und jede kann durch eigene Arbeit den eigenen Lebensunterhalt bestreiten. Dies betrifft besonders viele Menschen in den neuen Bundesländern. Einwandererfamilien und Alleinerziehende haben hart zu kämpfen, wenn ihre Kinder eine Chance bekommen sollen. Aber manche leben schon in der dritten Generation von Sozialhilfe. Armut vererbt sich, auch, weil in Deutschland stärker als anderswo die Bildung von der Herkunft bestimmt wird. Die Leiter zum sozialen Aufstieg ist nicht für alle aufgestellt.

Soll sie auch für die Kinder bereitstehen, deren Eltern resigniert haben, muss der Staat für jedes Kind die optimale Bildung anbieten. Sie muss so früh wie möglich beginnen und sollte nie aufhören.

Bei der Gleichstellung von Frauen und Männern ist unsere Gesellschaft weit vorangekommen. Aber noch immer können viele ihre Lebensentwürfe nicht verwirklichen. Immer noch ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fast ausschließlich ein Problem der Mütter.

Immer weniger junge Paare erfüllen sich ihren Kinderwunsch. Dies belastet nicht nur unsere Sozialsysteme, es verändert die Atmosphäre unserer Gesellschaft. Ganze Regionen leiden darunter, dass die wenigen Jungen abwandern, die Alten bleiben. Dies gilt nicht nur für Ostdeutschland. Wer keine Region aufgeben will, muss den Menschen vor Ort helfen, sich ihre eigene, gleichwertige Lebensqualität zu schaffen.

Seit den Sechzigerjahren ist die Lebenserwartung bei uns um zehn Jahre gestiegen. Dies ist ein wertvolles Geschenk. Es verlangt aber auch ein neues Bild des Alters, in dem sich an das Erwerbsleben ein ausgedehnter Lebensabschnitt anschließt, der gefüllt ist mit den Aktivitäten, Bildungsinhalten und auch Genüssen, die lange zurückstehen mussten. Auf der anderen Seite werden immer mehr Menschen, zumal wenn sie allein gelebt haben, im hohen Alter auf die Hilfe der Gesellschaft angewiesen sein.

Religionen und Kulturen sind nicht mehr durch Ländergrenzen oder gar Meere voneinander getrennt. Wo man immer noch allem Fremden mit Misstrauen begegnet, sind Konflikte unvermeidbar, zumal wenn soziale Gegensätze dazukommen. Wo man sich Mühe gibt, die Traditionen der anderen zu kennen, zu verstehen und zu respektieren, wo Gewalt geächtet ist, wird ein friedliches Miteinander möglich.

Was unsere Gesellschaft voranbringt, belastet und fordert, wird erfahrbar in unseren Städten. Hier entscheidet sich, ob sich, wie anderswo, die Gesellschaft spaltet in Slums und No-go-areas auf der einen und abgetrennte, befestigte, von privaten Sicherheitsdiensten beschützte Siedlungen auf der anderen Seite. Hier entscheidet sich, ob das staatliche Gewaltmonopol sich gegen organisierte Kriminalität durchsetzt. In den Kommunen entscheidet sich, ob Demokratie erfahrbar ist. Städte und Kommunen müssen sich bewähren als Orte, an denen Einheimische und Zugewanderte erleben, was es heißt, dazuzugehören, zusammenzugehören, aber auch mitzuwirken. Die demokratische Handlungsfähigkeit selbstverwalteter Kommunen wird im 21. Jahrhundert immer wichtiger.

Politik im Wandel

Im 21. Jahrhundert wird Politik schwieriger, aber auch wichtiger als je zuvor. Die Globalisierung der Kapitalmärkte mindert die Gestaltungsmacht der Demokratie im Nationalstaat. Gleichzeitig wachsen der Politik gewaltige Aufgaben zu, an die vor einem halben Jahrhundert noch niemand gedacht hat. Dazu gehört der Klimaschutz, die Integration von Millionen Einwanderern oder der demographische Wandel. Traditionelle Parteibindungen lösen sich auf. Gleichzeitig erweist sich die Funktion der Parteien als Transmissionsriemen zwischen Volksmeinung und Gesetzgebung, zwischen Gesellschaft und Staat als unentbehrlich. Die Parteien, noch nie besonders populär, haben Ansehen eingebüßt. Gleichzeitig wächst das Bedürfnis nach Orientierung, aber auch nach Mitwirkung. Noch nie konnten so viele Menschen ihre Meinung vernehmbar äußern. Die Bereitschaft zum gesellschaftlichen Engagement ist beachtlich, aber viele ziehen zeitlich befristete Arbeit an einem konkreten Projekt der unbefristeten Bindung an eine Partei vor. All dies fordert die Parteien, ihre Phantasie, ihre Beweglichkeit, aber auch ihre Grundsatztreue heraus.

Die Sozialdemokratie, die älteste demokratische Partei in Deutschland, muss in sich Raum geben für die verschiedensten Anliegen, Bedürfnisse und Anregungen, sie muss unterschiedliche Formen der Mitwirkung anbieten, aber sie muss auch klarmachen, wie sie eine respektable Tradition von eineinhalb Jahrhunderten in moderne Politik übersetzt. Sie wird immer wieder kleine Schritte tun müssen. Aber sie muss dafür sorgen, dass dabei die Richtung erkennbar bleibt.

Geschichte und Grundwerte der Sozialen Demokratie

Die deutsche Sozialdemokratie war immer Teil einer internationalen Freiheitsbewegung. Daher hat sie Freiheitsrechte und Demokratie erstritten, das Frauenwahlrecht erkämpft, sich jeder Diktatur widersetzt. Sie hat schon früh die Gefahr des Nationalsozialismus erkannt, als einzige Partei im Reichstag das Ermächtigungsgesetz abgelehnt. Viele Sozialdemokraten leisteten Widerstand und wurden Opfer des NS-Terrors. Der Wille zur Freiheit machte den Bruch mit den Kommunisten unausweichlich. Daher war die Wiedergründung der Sozialdemokratie in der DDR ein Signal für die Freiheit.

Die Sozialdemokratie entstand als Teil der Arbeiterbewegung. Sie hat Arbeiterrechte erstritten, den Sozialstaat ausgebaut und zusammen mit den Gewerkschaften aus verachteten Proletarierinnen und Proletariern gleichberechtigte und selbstbewusste Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gemacht.

Die Sozialdemokratie war immer eine europäische Bewegung. Schon 1925, als der Nationalismus ganz Europa fest im Griff hatte, bekannte sie sich im Heidelberger Programm zum vereinigten Europa. Sie wird nicht ruhen, ehe ein handlungsfähiges Europa mit eigenem Gesellschaftsmodell erreicht ist.

Obwohl viele entschiedene Pazifisten die Sozialdemokratie als Heimat betrachtet haben, war sie nie eine pazifistische Partei. Aber sie war immun gegen Chauvinismus und Militarismus. Wo sie Regierungsverantwortung trug, diente sie dem Frieden.

Die Sozialdemokratie ist eine politische Partei, die unsere politische Kultur entscheidend geprägt hat. In ihr arbeiten Frauen und Männer unterschiedlicher Herkunft, verschiedener

Glaubenshaltungen und weltanschaulicher Überzeugungen zusammen. Sie verstehen sich seit dem Godesberger Programm von 1959 als linke Volkspartei, die ihre Wurzeln in Christentum und Humanismus hat, in Aufklärung und marxistischer Gesellschaftsanalyse. Die linke Volkspartei verdankt wichtige Impulse der Frauenbewegung und den Neuen Sozialen Bewegungen.

Unser Bild vom Menschen

Die gleiche Würde aller Menschen ist Ausgangspunkt und Ziel unserer Politik. Menschen sind weder zum Guten noch zum Bösen festgelegt. Sie sind vernunftbegabt und lernfähig. Dadurch wird Demokratie möglich. Sie sind fehlbar, können irren und in Unmenschlichkeit zurückfallen. Darum ist Demokratie nötig. Jeder Mensch trägt Verantwortung für sein Leben. Niemand kann und soll sie ihm abnehmen. Menschen dürfen nie zum Mittel für irgendwelche Zwecke erniedrigt werden, weder vom Staat noch von der Wirtschaft. Politik ist nur zuständig für die Bedingungen der Lebensqualität. Wo sie Glück und Erfüllung verheißt oder gar erzwingen will, läuft sie Gefahr, in totalitäre Herrschaft abzugleiten.

„Frei und gleich an Würde und Rechten“, wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt, soll jeder Mensch sein Leben in Gemeinschaft mit anderen selbst bestimmen können. Wir streben eine Gesellschaft an, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten kann, ohne die Würde und Freiheit anderer zu verletzen. Wir widersetzen uns jeder Form der Diskriminierung. Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und seiner wirtschaftlichen Nützlichkeit. Darum ist die Gesellschaft bei Behinderung, im Alter, am Lebensanfang und am Lebensende zum Schutz der Menschenwürde besonders verpflichtet.

Unsere Grundwerte

Freiheit und Gleichheit, die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger gegenüber obrigkeitlicher Willkür und ihre Gleichheit unabhängig von Stand, Religion, Herkunft und Geschlecht – das sind die beiden Grundorientierungen der europäischen Moderne. Gleiche Freiheit ist der Kern der Gerechtigkeit.

Im 19. und 20. Jahrhundert ging es der Sozialdemokratie darum, neben den rechtlichen auch die materiellen Voraussetzungen der Freiheit, neben der Gleichheit des Rechts auch die Gleichheit der Teilhabe und der Lebenschancen, also soziale Gerechtigkeit, zu erkämpfen.

Freiheit

Jeder Mensch ist zur Freiheit berufen und befähigt. Ob er dieser Berufung entsprechend, also selbstbestimmt, leben kann, entscheidet sich in der Gesellschaft. Er muss frei sein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und Furcht, und er muss die Chance haben, seine Fähigkeiten zu entfalten und in Gesellschaft und Politik verantwortlich mitzuwirken.

Die Freiheit des einzelnen endet, wo sie die Freiheit des anderen verletzt. Wer anderen Unfreiheit zumutet, kann auf Dauer nicht frei sein.

Gerechtigkeit

Gerechtigkeit folgt aus der gleichen Würde des Menschen. Sie bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Chancen unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Also meint Gerechtigkeit gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie, gleichen Zugang zu allen öffentlichen Gütern. Wo die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen die Gesellschaft teilt in solche, die über andere verfügen und solche, über die verfügt wird, verstößt sie gegen die gleiche Freiheit und ist also ungerecht. Daher erfordert Gerechtigkeit mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht.

Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichförmigkeit. Im Gegenteil. Sie bieten Raum für die Entfaltung individueller Neigungen und Fähigkeiten. Menschen sind und bleiben verschieden. Aber natürliche Ungleichheiten und soziale Herkunft dürfen nicht zum Schicksal werden. Lebenswege dürfen nicht von vornherein festgelegt sein.

Leistung muss anerkannt und respektiert werden. Leistung ist allerdings nicht dasselbe wie messbarer Erfolg. Gerecht wäre eine der Leistung angemessene Verteilung von Einkommen und Vermögen. Eigentum verpflichtet: Wer überdurchschnittlich verdient, mehr Vermögen besitzt als andere, soll auch mehr zum Wohl der Gesellschaft beitragen.

Solidarität

Solidarität ist die Bereitschaft von Menschen, sich gegenseitig zu helfen, füreinander einzustehen, für eine gemeinsame Zukunft zu arbeiten. Solidarität ist nötig und wirksam zwischen Starken und Schwachen, Jungen und Alten, Gesunden und Kranken, reichen und armen Völkern.

Solidarität schafft Macht zur Veränderung. Das hat die Arbeiterbewegung erfahren. Solidarität ist aber auch eine Kraft, die unsere Gesellschaft zusammenhält. Sie äußert sich oft in spontaner Hilfsbereitschaft. Der Sozialstaat ist politisch und rechtlich verbürgte und organisierte Solidarität.

Die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind seit der Französischen Revolution die Grundlage europäischer Demokratie. Konservative und Liberale spielen sie gern gegeneinander aus: Je mehr Freiheit, desto weniger Gerechtigkeit und umgekehrt. Im sozialdemokratischen Verständnis bilden sie eine Einheit. Sie sind gleichwertig und gleichrangig. Vor allem: Sie stützen, erläutern, bedingen, ergänzen und begrenzen einander. Mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität bedeutet für die meisten auch mehr Freiheit. Unser Verständnis der Grundwerte bewahrt uns davor, Freiheit auf die Freiheit des Marktes, Gerechtigkeit auf den Rechtsstaat, Solidarität auf Armenfürsorge zu reduzieren.

Im Bewusstsein, dass das Streben nach einer unseren Grundwerten entsprechenden Gesellschaft eine dauernde Aufgabe ist, bekennen wir uns zu der unsere Geschichte prägenden Idee des demokratischen Sozialismus. Er ist kein Dogma und beschreibt keinen Endzustand, sondern die Vision einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft, für deren Verwirklichung wir auch weiterhin eintreten. Ziel unseres Handelns ist die Soziale Demokratie.

Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert

Sozialdemokratische Politik wird im 21. Jahrhundert schwieriger, aber auch wichtiger. Schwieriger, weil im Nationalstaat, wo sie bisher wirksam war, weniger entschieden wird, wichtiger, weil eine Mehrheit in Europa und in Deutschland den Verheißungen der Marktradikalen inzwischen misstraut und nach einer Alternative sucht.

Unsere Gesellschaft steht vor der Wahl:

Entweder wir lassen dem Wandel unserer Zeit freien Lauf – oder wir gestalten ihn im Sinne unserer Grundwerte.

Entweder wir beschränken uns auf die bloße Verteidigung des Bestehenden – oder wir bringen die Potenziale unserer Gesellschaft zu ihrer vollen Entfaltung.

Entweder wir lassen zu, dass die ökologische Krise die Grundlagen unserer Zivilisation zerstört – oder wir schaffen die Wende zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise.

Entweder wir lassen es zu, dass die Kluft zwischen Reich und Arm, zwischen Privilegierten und Benachteiligten immer größer wird – oder wir betreiben eine Politik, die soziale Gegensätze verringert.

Welchen Weg wir einschlagen – das wird über die Lebensqualität, den Wohlstand und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft entscheiden. Fortschritt braucht Soziale Demokratie. Dafür wollen wir die Menschen gewinnen.

Den politischen Streit mit den Gegnern der Sozialen Demokratie führen wir mit großem Selbstbewusstsein.

Einig sind wir uns mit allen Demokraten darin, den Grundkonsens unserer freiheitlichen Demokratie gegen alle Feinde der offenen und toleranten Gesellschaft zu verteidigen. Deshalb werden wir entschlossen und gemeinsam gegen rechtsextremistische, antisemitische, menschen- und verfassungsfeindliche Bestrebungen jeder Art vorgehen.

Wollen wir erreichen, dass die Werte des Demokratischen Sozialismus und das Ziel der Sozialen Demokratie auch das 21. Jahrhundert prägen, kommt es darauf an, die Chancen der Veränderung unerschrocken zu ergreifen. Dabei stellen wir nicht Ökonomie gegen Ökologie, nicht Staat gegen Bürger, nicht Leistung gegen Solidarität, sondern versuchen, alte oder scheinbare Gegensätze im Interesse der Menschen zu überwinden.

Frieden für eine unruhige Welt

Außenpolitik kann, das hat gerade die deutsche Geschichte gezeigt, Zukunft verbauen und Zukunft erschließen. Die Außenpolitik der deutschen Sozialdemokratie hat Zukunft

erschlossen, indem sie dem Frieden diene, von August Bebel über Willy Brandt bis zu Gerhard Schröder. Sein Nein zum Irakkrieg hat unserem Volk vieles erspart, Deutschland neues Ansehen erworben. Wir setzen weiterhin auf Dialog, den fairen Ausgleich von Interessen. Vor allem wollen wir jegliche Gewalt dem Recht unterwerfen.

Dies ist heute notwendiger denn je. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ist es noch nicht gelungen, eine neue Sicherheitsarchitektur zu schaffen. Die USA, unbestrittene Hegemonialmacht, hat ihre Ordnungsvorstellungen nicht durchsetzen können. Neue Mächte drängen auf die Weltbühne, die sich keiner Supermacht fügen. Ein internationales Gewaltmonopol, eines der Ziele der Vereinten Nationen, wird wichtiger. Es muss auch da wirksam werden, wo das nationale Gewaltmonopol zerbrochen ist.

Wir stellen uns der gewachsenen Verantwortung Deutschlands für den Frieden. Dabei stimmen wir uns mit unseren Partnern ab und handeln gemeinsam mit internationalen Institutionen.

Unser Grundgesetz, die Europäische Grundrechtscharta und das internationale Recht binden und bestimmen unsere internationale Politik. Sie soll den Menschenrechten dienen. Wir wollen das humanitäre Völkerrecht auch in Zeiten des Terrors verteidigen. Daher bleiben wir beim absoluten Folterverbot. Wir wollen, dass Frauen überall selbstbestimmt und frei von Gewalt und Diskriminierung leben können.

Wir legen unserer internationalen Politik einen umfassenden Sicherheitsbegriff zugrunde. Sicher sind Menschen, wo Frieden zwischen den Staaten und innerhalb ihres Staates herrscht, wo ein legitimes, demokratisch kontrolliertes staatliches Gewaltmonopol die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt verhindert, wo Menschen in Freiheit ihre natürlichen Lebensgrundlagen schützen und eine nachhaltige Entwicklung fördern können. Solche Sicherheit lässt sich nur gemeinsam, multilateral erreichen.

Wir begegnen anderen Völkern mit Freundschaft, Offenheit und Respekt. Denen, die den Kampf der Kulturen beschwören, erteilen wir eine Absage. Wir bekennen uns zu einer auswärtigen Kulturpolitik, die Interesse und Verständnis für unser Land weckt und den Dialog mit anderen Kulturen fördert.

Ihre Geschichte verpflichtet die Deutschen zur Verantwortung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus. Wir wollen eine lebendige Erinnerungskultur, die das Engagement für den Frieden fördert.

Die Sozialdemokratie bekennt sich zur besonderen Verantwortung Deutschlands für das Existenzrecht Israels. Auch deswegen engagieren wir uns für einen umfassenden Frieden im Nahen Osten auf der Grundlage internationaler Übereinkünfte, für die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes und einen lebensfähigen palästinensischen Staat.

Die SPD will die transatlantische Partnerschaft erneuern. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus braucht die NATO ein neues Fundament. Da eine friedliche Weltordnung nur mit den Vereinigten Staaten erreichbar ist, wollen wir alle Bemühungen unterstützen, uns auf der Basis gemeinsamer Werte auf gemeinsame Ziele zu verständigen.

Die deutsch-französische Freundschaft war und bleibt nicht nur Motor der europäischen Einigung, sie hat und behält ihren Eigenwert. Nach diesem Vorbild wollen wir das Verhältnis zu Polen weiterentwickeln.

Die strategische Partnerschaft mit Russland ist für Deutschland und die Europäische Union unverzichtbar. Die Öffnung Russlands nach Europa sichert Frieden und Stabilität. Sie bringt beiden Seiten wirtschaftliche Perspektiven. Partnerschaft und die Ermutigung zu Demokratie und Rechtsstaat in Russland gehören für uns zusammen.

Deutschland und Europa müssen enge Beziehungen zu den aufstrebenden Mächten in Asien, Lateinamerika und Afrika entwickeln. Dort finden wir Partner für den Aufbau einer multilateralen Weltordnung.

Die Geschichte der letzten Jahrhunderte und die geographische Nähe begründen Europas Verantwortung für Afrika. Vor allem die früheren Kolonialmächte, zu denen auch Deutschland gehört, können nicht zusehen, wie weite Teile des Kontinents als ökonomisch überflüssig und politisch instabil abgehängt werden.

Multilateralismus

Wir bekennen uns zum Multilateralismus und zum internationalen Recht. Wir wollen globales Recht schaffen und durchsetzen. Es kann nur Verbindlichkeit gewinnen, Konflikte verhindern oder lösen, wenn der Rechtsbrecher mit Sanktionen rechnen muss. Daher wollen wir die internationale Gerichtsbarkeit stärken, die internationalen Organisationen mit hinreichender Durchsetzungsmacht ausstatten und die Vereinten Nationen zur obersten Instanz einer globalen Rechtsordnung ausbauen.

Damit die Vereinten Nationen überall als legitime Sachwalter gemeinsamer Interessen anerkannt werden, müssen ihre Institutionen reformiert werden. Wir wollen die Rechte der Vollversammlung stärken. Soll der UN-Sicherheitsrat das Gremium sein, wo die Weltgemeinschaft legale gegen illegale Gewalt setzen und schließlich ein internationales Gewaltmonopol etablieren kann, so müssen dort alle Kontinente angemessen vertreten sein. Für ein Vetorecht einzelner Staaten ist dann kein Platz. Wir sind für einen ständigen deutschen Sitz im Sicherheitsrat. Langfristig sollte dort die europäische Union die europäischen Interessen vertreten.

Wir wollen die Stellung des UN-Generalsekretärs stärken, damit die Vereinten Nationen rasch und effektiv handeln können. Damit sie unabhängiger und handlungsfähiger werden, brauchen sie eine eigene Einnahmequelle.

Wo Organisationen wie die Weltbank, der Internationale Währungsfonds oder die Welthandelsorganisation Entscheidungen treffen, verlangen wir Transparenz. Auch sie müssen sich am Maßstab der Gerechtigkeit und der Menschenrechte messen lassen. Die Verteilung der Stimmrechte muss die Interessen der Entwicklungsländer, besonders der ärmsten, besser widerspiegeln.

Der Europarat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa haben erfolgreich für Frieden und Verständigung gearbeitet. Sie verdienen unsere Unterstützung.

Wo Organisationen der Zivilgesellschaft wie der Internationale Gewerkschaftsbund, Glaubensgemeinschaften oder die unterschiedlichsten Nichtregierungsorganisationen für Frieden und Völkerverständigung arbeiten, betrachten wir uns als deren Partner.

Umfassende Sicherheitspolitik

Friede bedeutet für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg. Dies gilt auch und gerade in einer Zeit, in der in vielen Ländern Zustände herrschen, die weder dem entsprechen, was wir bisher Krieg nannten noch dem, was uns Friede bedeutet.

Daher bezieht sich Konflikt- und Krisenprävention nicht nur auf die Vermeidung von Kriegen, sondern auch auf die Verhinderung entstaatlichter Gewalt. In jedem Fall gilt: Erfolgreiche Krisenprävention ist die wirksamste Sicherheitspolitik. Entstaatlichte, privatisierte und meist auch kommerzialisierte Gewalt bedroht die ganze Welt. Damit einher geht der Zerfall von Staaten. Er führt zu Anarchie und Rechtlosigkeit. Wo niemand mehr Recht legitimieren, setzen und durchsetzen kann, gilt das Recht des Stärkeren, in der Praxis das der Gewehrläufe. Deutschland und Europa müssen bereit sein, bei der Wiederherstellung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Strukturen mitzuwirken.

Unübersehbar ist die gefährlichste Ausprägung entstaatlichter Gewalt, der Terrorismus. Er verfügt über eine Waffe, die Staaten verwehrt bleiben muss: das Selbstmordattentat. Seit es Staaten gibt, beruht alle Sicherheitspolitik auf der Annahme, dass auch der Aggressor leben will und also abschreckbar ist. Gegen Selbstmörder hilft keine Abschreckung.

Sollten Terroristen in den Besitz von Massenvernichtungsmitteln kommen, könnten sie unsere Zivilisation gefährden. Trotzdem geht es beim Kampf gegen den Terror nicht um Krieg, sondern um Verbrechensbekämpfung. Diese ist Aufgabe von Polizei, Justiz und Geheimdiensten. Nur wo sie überfordert sind, ist als letzte Option das Militär am Zug.

Wo bisher deutsche Soldaten eingesetzt wurden, war und ist ihre Aufgabe, das Schießen zu beenden und zu verhindern. Frieden stiften können sie nicht. Das muss die Politik tun, auch mit Hilfe zivilgesellschaftlicher Gruppen. Daher dringen wir darauf, dass die Bundeswehr nur eingesetzt wird als Teil eines Gesamtkonzepts, das politische, wirtschaftliche, kulturelle und oft auch entwicklungspolitische Anstrengungen vorsieht.

Die Bundeswehr leistet bei ihren internationalen Einsätzen ausgezeichnete Arbeit. Sie genießt weltweit hohes Ansehen. Gute Ausbildung ist hierfür ebenso wichtig wie gute Ausrüstung.

Die Neuausrichtung der Bundeswehr an den Aufgaben der internationalen Krisenbewältigung werden wir fortsetzen. Deutsche Soldaten sind als Staatsbürger in Uniform Botschafter unseres Landes, die auf dem Wertefundament unserer Verfassung agieren müssen.

Dieses Wertefundament verlangt von der Politik die Ablehnung jeder Form von Angriffs- oder Präventivkrieg. Deutsche Soldaten dürfen sich nur an Interventionen beteiligen, wenn diese durch ein völkerrechtlich bindendes Mandat legitimiert sind, der Einsatz dem deutschen Interesse nicht widerspricht und der Deutsche Bundestag zustimmt.

Privatisierte und kommerzialisierte Gewalt tritt vor allem da an die Stelle staatlicher Gewaltmonopole, wo die Kluft zwischen reich und arm so tief geworden ist, dass sich die Gesellschaft spaltet, die Polizei die Slums sich selbst überlässt und die Reichen sich in – privat gesicherten – Enklaven einigeln. Daher ist eine Politik der gerechten Globalisierung auch Sicherheitspolitik. Entwicklungspolitik, die dazu beiträgt, ist Teil dieser umfassenden Sicherheitspolitik.

Darum wollen wir die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit stufenweise erhöhen. Wir wollen die deutschen Leistungen, gemessen am Bruttonationaleinkommen, bis 2015 auf 0,7 Prozent steigern. Der Kampf gegen Armut, auch durch die Bekämpfung von Korruption, der Einsatz für die Rechte der Frauen, die Förderung guter Regierungsarbeit und die systematische Entschuldung von Entwicklungsländern bleiben zentrale Ziele.

Verknappung von Energie, Wasser und Rohstoffen gefährdet die internationale Sicherheit. Durch Klimawandel und Naturkatastrophen werden die Konflikte noch zunehmen. Auch hier ist Europa gefordert. Dezentral verwendbare erneuerbare Energien helfen Armut bekämpfen und Konflikten vorbeugen.

Abrüstung und Nichtverbreitung

Rüstungsbegrenzung, Rüstungskontrolle und Abrüstung sind auch nach dem Ende des Kalten Krieges nicht überholt. Konfliktprävention und vorausschauende Friedenspolitik verlangen neue Anstrengungen. Unser Ziel bleibt eine atomwaffenfreie Welt. Wir wollen eine internationale rechtsverbindliche Ächtung von Atomwaffen erreichen und die

Urananreicherung unter internationale Kontrolle stellen. Wir kämpfen für ein Verbot von Landminen und Streubomben. Auch bei konventionellen Rüstungsgütern ist Begrenzung und Kontrolle nötig. Bei der Abrüstung wollen wir auf bestehende multilaterale Verträge aufbauen.

Wir werden sicherstellen, dass Deutschland weder Herstellung noch Besitz und Anwendung von Massenvernichtungswaffen anstrebt. Rüstungsgüter sind für uns keine normale Handelsware. Waffen dürfen nicht in Konfliktregionen geliefert werden. Empfängerstaaten müssen ordentlich regiert sein und die Menschenrechte einhalten.

Globalisierung gestalten

Globalisierung können und wollen wir nicht rückgängig machen. Aber wirtschaftliche Globalisierung unter marktradikalen Vorzeichen höhlt den Primat demokratischer Politik aus. Unkontrollierte Kapitalbewegungen auf den internationalen Finanzmärkten gefährden ganze Volkswirtschaften. Wir wollen den Vorrang der Politik und damit der Demokratie. Wir streben einen wirksamen ordnungspolitischen Rahmen für die Finanzmärkte an. Standortkonkurrenz zwischen Wirtschaftsräumen und Nationalstaaten darf nicht weltweit auf Kosten von Löhnen, Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen und Umweltnormen ausgetragen werden. Das global agierende Kapital darf sich nicht seiner sozialen und ökologischen Verantwortung, vor allem seiner Steuerpflicht entziehen. Der Wettlauf der Nationalstaaten um immer niedrigere Steuern auf Unternehmen und hohe Einkommen muss gestoppt werden.

Unser Ziel ist eine Globalisierung, die allen Menschen eine faire Chance bietet. Wir wissen, wie lang und steinig der Weg dorthin ist. Aber wir finden dabei Mitstreiter in allen Kontinenten.

Wir brauchen wirksame Regeln für die Finanz-, Rohstoff- und Warenmärkte, verbindliche soziale und ökologische Standards. Die Fähigkeit zur Rahmensetzung, soweit sie dem Nationalstaat entglitten ist, wollen wir durch internationale Kooperation zurückgewinnen und erweitern, ohne die nationale Politik aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

Wichtig wäre ein internationales Gremium, das die Autorität hat, wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander abzustimmen. Ein Globaler Rat für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik bei den Vereinten Nationen, in dem alle Regionen, auch die internationalen Handels- und Finanzinstitutionen vertreten sind, könnte dies leisten.

Er könnte auch helfen, den Entwicklungsländern faire Chancen auf den Märkten zu verschaffen. Dazu müssen die Industrieländer im Rahmen der WTO ihre Märkte öffnen und die Subventionierung ihrer Agrarexporte Schritt für Schritt reduzieren und schließlich beenden.

Um Arbeitnehmerrechte zu verteidigen, wollen wir die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) stärken, auch ihren Einfluß auf Entscheidungen von IWF, Weltbank und WTO. Freie Gewerkschaften überall in der Welt sind dafür unverzichtbar.

Bei der Durchsetzung von Umwelt- und Sozialstandards kann die Macht der Verbraucher helfen. Ein leicht verständliches und erkennbares Gütesiegel soll alle Produkte und Dienstleistungen auszeichnen, die nachweisbar unter Beachtung internationaler Arbeitsschutzregeln und Kernarbeitsnormen produziert und angeboten werden. Dasselbe gilt für ökologisch nachhaltige Fertigung.

Das soziale und demokratische Europa.

Schon 1925 forderte die SPD die Einigung Europas. Was damals unerreichbar schien, ist heute Wirklichkeit. Die Europäische Einigung nach zwei Weltkriegen hat die friedlichste Periode in der Geschichte des Kontinents ermöglicht. Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt. Wir wollen sie zur handlungsfähigen Friedensmacht ausbauen.

Europa ist aber auch eine demokratische und soziale Wertgemeinschaft. Unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind in der Europäischen Grundrechtscharta verankert und damit auch Grundlage für ein europäisches Gesellschaftsmodell.

Die Sozialdemokratie in Europa steht für ein soziales, tolerantes Europa, das seine unterschiedlichen Nationen, Kulturen, Traditionen und Religionen als Reichtum versteht und pflegt.

Die Europäische Union ist auch unsere Antwort auf die Globalisierung. Wo der Nationalstaat den Märkten keinen sozialen und ökologischen Rahmen mehr setzen kann, die Weltgemeinschaft aber noch nicht, kann und muss dies die Europäische Union tun. Wir wissen, dass dies schwierig ist, sehen aber keine Alternative. Nur mit unseren europäischen Partnern zusammen können wir auch die nötigen sozialen und ökologischen Regeln und Standards für die globalen Märkte durchsetzen.

Friedensmacht Europa.

Um zur globalen Friedensmacht zu werden, muss die Europäische Union in der Außen- und Sicherheitspolitik handlungsfähiger werden. Dies kommt auch dem transatlantischen Bündnis zugute. Ziel ist die europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion. Ein erster Schritt dahin sind integrierte Einheiten unter einheitlichem Kommando. Langfristig streben wir eine europäische Armee an. Ihr Einsatz muss parlamentarisch legitimiert sein.

Europa muss in internationalen Organisationen mit einer Stimme sprechen, damit es wirksam auf eine faire Verteilung des global erwirtschafteten hinwirken kann. Glaubwürdig ist dies nur, wenn Europa bei entwicklungspolitischen Anstrengungen vorangeht.

Auch die Erweiterung der Europäischen Union hat dem Frieden gedient. Die Europäische Union hat eine erfreuliche Anziehungskraft. Länder, die ihr Mitglied werden wollen, sind dafür bereit zu Reformen, die den Menschen dort zugute kommen. Zusagen, die solchen Ländern gegeben wurden, müssen eingehalten, die von der EU festgelegten Kriterien dürfen jedoch nicht aufgeweicht werden. Vor der Erweiterung muss die Union durch Reform ihrer Institutionen erweiterungsfähig gemacht werden.

Dies alles gilt auch für die Türkei. Eine von Europa zurückgewiesene, von antieuropäischen Islamisten beherrschte Türkei müsste uns dem Kampf der Kulturen näher bringen. Eine

Türkei, die sich europäischen Werten verpflichtet fühlt, kann zur Brücke in die islamische Welt werden. Darum liegt sie im europäischen Interesse.

In Ländern, denen wir keine Mitgliedschaft in Aussicht stellen können, müssen wir die Kräfte unterstützen, denen es um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialen Ausgleich geht. Deshalb braucht die EU eine energische, durchdachte Nachbarschaftspolitik, die Länder auf unterschiedliche Weise an die EU bindet.

Das soziale Europa

Europa hat den größten Binnenmarkt der Welt geschaffen und eine gemeinsame Währung eingeführt. Das europäische Gesellschaftsmodell hat aber auch eine soziale Dimension. Wir wollen sie in einem europäischen Grundgesetz gleichgewichtig neben das Wettbewerbsprinzip stellen, damit die sozialen Grundrechte in der Europäischen Grundrechtscharta Wirklichkeit werden.

Es gibt unterschiedliche Ausprägungen des europäischen Sozialmodells. Die nationalen Sozialsysteme sind und bleiben noch lange verschieden. Gemeinsam ist ihnen ein leistungsfähiger Staat, die Absicherung elementarer Lebensrisiken, öffentliche Daseinsvorsorge, geregelte Arbeitsbedingungen und Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Der europäische Sozialstaat ist eine historische Errungenschaft. Wir werden ihn bewahren und weiter entwickeln. Wir wollen uns auf gemeinsame Mindeststandards für die unterschiedlichen Sozialsysteme verständigen, um Sozialdumping zu verhindern, den Gesundheits- und Arbeitsschutz spürbar verbessern. Dazu schlagen wir vor, dass ein bestimmter Mindestanteil des Sozialprodukts für Bildung und soziale Sicherung ausgegeben wird. Wer in anderen Ländern der EU arbeiten will, soll durch die unterschiedlichen Sozialsysteme nicht daran gehindert werden. Wir erstreben ein europäisches Arbeitsrecht mit einheitlichen Standards etwa im Tarif- und Streikrecht. In europäischen Unternehmen wollen wir die Mitbestimmung absichern und ausbauen.

Damit der Wettlauf um die niedrigsten Unternehmenssteuern die Nationalstaaten nicht ruiniert, wollen wir europaweit Mindestsätze und eine einheitliche Bemessungsgrundlage.

Zum europäischen Gesellschaftsmodell gehört auch der freie Zugang zu kostengünstigen öffentlichen Dienstleistungen. Jeder Mitgliedsstaat sorgt dafür auf seine Weise. Aber das Prinzip soll für die EU verbindlich festgelegt werden.

Seit langem helfen die wirtschaftlich Stärkeren in Europa auch im eigenen Interesse den wirtschaftlich Schwächeren beim Aufholen. Aber Europa kann nur zusammenhalten, wenn dabei Löhne und soziale Standards nirgendwo sinken. Daher brauchen wir existenzsichernde Mindestlöhne.

Den europäischen Binnenmarkt, der Europa mehr Wohlstand gebracht hat, wollen wir behutsam ausbauen, bürokratische Hemmnisse beseitigen. Dies darf aber nicht zum Abbau sozialer und ökologischer Standards führen.

Die Länder der Europäischen Union haben sich darauf verpflichtet, mehr in Innovation, Forschung und Entwicklung zu investieren. Jetzt kommt es darauf an, diese Verpflichtung zu erfüllen.

Um Zukunftsmärkte zu erschließen, wollen wir Innovations- und Produktforschung fördern, auch durch europäische Forschungsallianzen. Europa braucht eine koordinierte Industriepolitik.

Damit Europa zukunftstauglich wird, brauchen wir andere Schwerpunkte in einem möglichst transparenten Haushalt. Agrarsubventionen müssen zugunsten von Zukunftsinvestitionen reduziert werden. Nötig ist dazu auch eine abgestimmte Finanz- und Geldpolitik, vor allem zwischen den Staaten, die den Euro eingeführt haben.

Das demokratische Europa

Europäische Demokratie ist dauerhaft nur lebensfähig, wenn das politische Engagement und der öffentlich artikuliert Wille der Bürgerinnen und Bürger sie trägt. Dazu ist eine europäische Öffentlichkeit nötig, die erst langsam entsteht. Wir werden sie fördern.

Europäische Demokratie beginnt in den Kommunen, setzt sich fort in den Regionen, hat ihren Schwerpunkt noch immer in den Nationalstaaten. Je mehr Kompetenzen der Europäischen Union zuwachsen, desto wichtiger wird auch hier die demokratische Legitimation.

Für das Verhältnis der Ebenen zueinander muss das Prinzip der Subsidiarität gelten. Dies bedeutet, dass die EU nur da eingreifen darf, wo europäische Regelungen nötig sind. Dabei muss erkennbar sein, wer wofür verantwortlich ist. Subsidiarität und Transparenz sind Grundlagen einer funktionsfähigen Mehrebenendemokratie.

Ein wichtiger Schritt dahin ist eine Europäische Verfassung. Sie weist den Weg zu einer Exekutive der Union, die vom Parlament gewählt und kontrolliert wird.

Das Europäische Parlament muss gleichberechtigt mit den im Ministerrat zusammengeschlossenen nationalen Regierungen an der gesamten europäischen Rechtssetzung mitwirken. Es muss auch in der Agrarpolitik, der Außen- und Sicherheitspolitik mitentscheiden, die Kommission kontrollieren und eigene Gesetzesinitiativen einbringen können.

Ein stärkeres Europäisches Parlament mindert nicht die Rechte der nationalen Parlamente. Im Gegenteil: Sie müssen als verantwortliche Partner anerkannt und besser informiert werden.

Der demokratische Streit um Alternativen braucht Öffentlichkeit, schafft sie aber auch. Dazu sind starke europäische Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen nötig. Wir wollen überdies die direkten Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger stärken.

Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) zu einer starken Mitglieder- und Programmpartei weiterzuentwickeln, ist unser Ziel. Diese Partei, aus den Mitgliedern der einzelnen Parteien gebildet, müsste ein sozialdemokratisches Grundsatzprogramm für Europa erarbeiten.

Bürgergesellschaft und demokratischer Staat

Eine lebendige Bürgergesellschaft kann und soll staatliches Handeln kontrollieren, korrigieren, anregen, anspornen, entlasten und ergänzen. Ersetzen kann sie es nicht. Nur wo der Staat seinen Pflichten nachkommt, kann sich eine vitale Zivilgesellschaft bilden, ohne eine wache Zivilgesellschaft ist der demokratische Staat immer gefährdet. Beide brauchen einander.

In der Bürgergesellschaft übernehmen Menschen aus eigenem Antrieb Verantwortung für andere, wirken im Sinne des Gemeinwohls. Oft bemerken sie früher als Behörden, wo Abhilfe nötig ist. Sie arbeiten ehrenamtlich in Vereinen, Stiftungen und Initiativen. Wir wollen, dass Ehrenämter mehr Anerkennung und eine bessere Absicherung erhalten. Eine Kultur des gemeinnützigen Stiftens kann und soll die Gesellschaft bunter und gerechter machen.

Träger der Zivilgesellschaft sind auch Gewerkschaften, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Sozial- und Umweltverbände. Sie sind unsere Partner auf dem Weg zu einer humanen, zukunftsfähigen Gesellschaft.

Sport dient nicht nur der Gesundheit. Er lehrt Fairness und Toleranz, aktiviert und verbindet Menschen. Er ist Teil unserer Kultur. Dies gilt für den Leistungssport wie für den Breitensport, auch für den Behindertensport. Deshalb ermutigen und fördern wir den Sport und seine Vereine.

Autoritäre und totalitäre Herrschaft hat im 20. Jahrhundert den Staat diskreditiert. Dies nutzen Marktradikale, die den Staat auf den Schutz des Eigentums und die Organisation der Märkte beschränken wollen. Wo immer es geht, versuchen sie, staatliche Aufgaben den Märkten zu übergeben.

Was immer dem Markt überlassen wird, muss zur Ware werden, die einige sich leisten können, andere nicht. Der demokratische Rechts- und Sozialstaat, unterstützt und begrenzt durch die Zivilgesellschaft, ist verantwortlich für das, was nicht zur Ware werden darf.

Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht, dem zu dienen der Staat verpflichtet ist.

Sicherheit vor Verbrechen darf niemals zur Ware werden. Sie ist eine Bringschuld des Staates, die Kehrseite seines Gewaltmonopols.

Kultur ist keine Ware, sondern Ausdruck einer humanen Gesellschaft. Der Staat hat nicht zu dekretieren, was Kultur ist, wohl aber Kultur möglich zu machen, auch solche, die sich am Markt nicht behaupten könnte. Der Staat ist nicht zuständig für Wahrheit, weder philosophische noch religiöse noch historische, wohl aber für die Bedingungen der Wahrheitsfindung.

Soziale Sicherung ist keine Ware, sondern die Aufgabe eines Staates, der auf die Würde des Menschen verpflichtet ist.

Der Staat ist dazu da, Recht und damit verbindliche Regeln zu setzen und durchzusetzen. Deregulierung ist immer wieder nötig, wo veraltete Regeln zu Fesseln werden. Deregulierung als Prinzip widerspricht dem Zweck eines jeden Staates.

Der demokratische Rechtsstaat kann und muss jegliche Gewalt, auch die eigene, dem Recht unterwerfen. Dies legitimiert sein Gewaltmonopol. Dieses Gewaltmonopol werden wir verteidigen, weil es keine ungerechtere Gesellschaft gibt als eine, in der einige Sicherheit kaufen können, die meisten nicht.

Privatisierung kann immer wieder zweckmäßig und verantwortbar sein. Wir widersprechen Privatisierungen, wo sie den Kern des Staates, sein Gewaltmonopol berühren. Dies gilt auch für alle Formen des Strafvollzugs. Wo kommunale Aufgaben privatisiert werden sollen, fragen wir nicht nur nach dem Nutzen für Kommunalfinanzen oder die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch nach der Auswirkung auf die demokratische Selbstverwaltung. Wir wollen nicht, dass die kommunale Demokratie Zug um Zug ihren Gegenstand verliert.

Nicht alle staatlichen Aufgaben müssen durch staatliche Behörden erledigt werden. Private Schulen, meist überwiegend staatlich finanziert, liefern dem staatlichen Schulwesen wertvolle Anregungen. Sie sind ein Beispiel für das Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und Staat, wie wir es auf vielen Gebieten empfehlen. Dabei gewinnen beide.

Der Verbindung von aktivierendem Staat und aktiver Zivilgesellschaft dient auch die direkte Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger bei Volksbegehren und Volksentscheiden. In gesetzlich festzulegenden Grenzen sollen sie die parlamentarische Demokratie ergänzen, und zwar nicht nur in Gemeinden und Ländern, sondern auch im Bund. Wo die Verfassung der parlamentarischen Mehrheit Grenzen setzt, gelten diese auch für Bürgerentscheide.

Den meisten Bürgern begegnet der Staat in Form seiner Verwaltung. Daher brauchen wir eine bürgernahe Verwaltung, die den Bürgerinnen und Bürgern dient. Nutzlose Bürokratie bauen wir ab.

Die demokratischen Parteien sind die unentbehrlichen Transmissionsriemen von der Bürgergesellschaft zum Staat. Sie sollen, was die Bürgergesellschaft bewegt, zum Gegenstand von Gesetzgebung und Regierung machen. Sie sind eine Schule politischer Diskussion und verantwortlich dafür, dass die Wählerinnen und Wähler für Frauen und Männer stimmen können, die der Arbeit in Gemeinderäten und Parlamenten gewachsen sind. Demokratie braucht starke, lebendige, entscheidungsfähige Parteien.

Starke Kommunen

Solidarische Bürgergesellschaft hat ihren Ort vor allem in den Kommunen. Sie sind es, die den Alltag der Menschen prägen. In den Kommunen entscheidet sich, ob alle Kinder frühkindliche Förderung bekommen, ob Menschen unterschiedlicher Kulturen miteinander oder nebeneinander her leben, ob Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten, ob ältere Menschen integriert bleiben, ob sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher fühlen. Es ist die überschaubare kommunale und regionale Lebenswelt mit ihrer einzigartigen Geschichte und Kultur, die Heimat, Gemeinschaft und Sicherheit im Wandel bietet.

Darum stärken wir die kommunale Selbstverwaltung, verbessern ihre Qualität und vergrößern ihre Organisationsfreiheiten. Wir erweitern den finanziellen Handlungsspielraum der Kommunen, und wir übertragen ihnen keine Aufgaben ohne die dafür erforderlichen Mittel.

Der Soziale Bundesstaat

Die Bundesrepublik Deutschland ist und bleibt ein sozialer Bundesstaat. Im föderalen Staat gilt Subsidiarität: Nur was die kleinere Einheit nicht leisten kann, übernimmt die größere. Wir bekennen uns zu diesem föderalen Staat, nicht, weil er keine Nachteile hätte, sondern weil er der deutschen Tradition entspricht, Machtballung verhindert, Machtmissbrauch erschwert und demokratische Willensbildung auf allen Ebenen ermöglicht.

Wir wollen handlungsfähige Länder in einem handlungsfähigen Bund. Dabei muss immer erkennbar sein, wer wofür verantwortlich ist.

Die Unterschiede in der Wirtschafts- und Finanzkraft von Regionen und Ländern haben zugenommen. Unser Leitbild ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Darum setzen wir auf die solidarische Beistandspflicht zwischen allen Teilen Deutschlands, West und Ost, Süd und Nord. Ostdeutschland hat ein Recht auf gesamtdeutsche Solidarität.

Nicht jede Übertragung von Entscheidungsgewalt auf die Europäische Union muss den föderalen Nationalstaat schwächen. Dies gilt auch für die Steuerpolitik. Mindestsätze für Unternehmenssteuern, von der EU beschlossen, würden ihn sogar stärken.

Sicherheit in Freiheit

Menschen haben ein Bedürfnis nach Sicherheit. Sie können auch ihre Freiheit nur nutzen, wenn sie sich sicher fühlen. Der Rechtsstaat hat für Sicherheit zu sorgen. In Deutschland wird sie bedroht durch Kriminalität, auch organisierte und international vernetzte, durch Extremisten und Terroristen. Wir bekämpfen sie mit den Mitteln des Rechtsstaats. Unmittelbar verantwortlich dafür sind Polizei und Justiz. Wer mit den Feinden des Rechtsstaats fertig werden will, darf die Prinzipien des Rechtsstaats niemals aufgeben.

Rechtsradikalismus, Rassismus und Antisemitismus haben Deutschland in seine schlimmste Katastrophe geführt. Wir sorgen dafür, dass sie es nicht noch einmal tun können.

Für religiös begründeten Extremismus ist in unserem Land kein Platz. Menschenrechte lassen sich auch durch Berufung auf religiöse Regeln oder Traditionen nicht außer Kraft setzen. Hier

liegt die Grenze unserer Toleranz gegenüber anderen Kulturen. Daher müssen auch Zwangsverheiratung, Zwangsprostitution oder sogenannte Ehrenmorde an Frauen verhindert oder geahndet werden.

Deutschland ist Einwanderungsland. Einwanderung hat unser Land wirtschaftlich und kulturell bereichert. Sie wird weitergehen, und wir wollen unsere Gesellschaft darauf vorbereiten. Wir brauchen mehr qualifizierte Einwanderer.

Einwanderung verlangt Integration. Dazu müssen beide Seiten bereit sein. Zuwanderer müssen sich integrieren, wir müssen sie integrieren, ihnen also auch die Chance geben, am Leben unserer Gesellschaft teilzunehmen. Daher verlangt Integration faire Chancen, aber auch klare Regeln.

Unser Grundgesetz bietet Raum für kulturelle Vielfalt. Daher braucht niemand seine Herkunft zu verleugnen. Es setzt aber auch Grenzen, die niemand überschreiten darf, auch nicht unter Hinweis auf Tradition oder Religion. Daher darf niemand Frauen und Mädchen daran hindern, sich frei zu entfalten und zu bilden.

Wer in Deutschland gleiche Chancen haben und nutzen will, muss die deutsche Sprache lernen und schließlich beherrschen. Wir wollen Bildungsangebote verbessern. Wir hoffen und erwarten, dass sie genutzt werden. Integration, auch die sprachliche, gelingt am besten, wenn sie im Kindesalter beginnt.

Wir streben die Einbürgerung der zu uns kommenden Menschen an. Sie ist nicht das Ende der Integration, aber sie ermöglicht die volle politische Teilhabe. Dabei schließen wir Mehrstaatlichkeit grundsätzlich nicht aus. Denen, die noch nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben, aber schon längere Zeit hier leben, wollen wir das kommunale Wahlrecht geben, auch wenn sie nicht aus EU-Staaten kommen.

Wir stehen zum Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte. Wer vor Verfolgung oder Diskriminierung, sei sie staatlich oder nichtstaatlich oder auch geschlechtsspezifisch, fliehen muss, soll in Deutschland Schutz und Zuflucht, schließlich auch einen gesicherten Aufenthalt bekommen. Wir sind für eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik, die auch die Ursachen von Flucht und Vertreibung bekämpft.

Öffentlichkeit und Medien

Demokratie braucht Öffentlichkeit. Freie Medien ermöglichen Aufklärung, Meinungsbildung, politische Beteiligung und Machtkontrolle. Neben Zeitung, Buch, Rundfunk und Fernsehen treten immer mehr neue Medien wie Internet und Mobilfunk. Mediensparten wachsen zusammen und prägen unseren Alltag. Der Umgang damit will gelernt sein. Wir wollen Medienkompetenz zum Bildungsschwerpunkt machen.

Wir verteidigen die Unabhängigkeit der Medien von staatlichen Eingriffen und wirtschaftlichen Interessen. Auf die effektive Selbstkontrolle der Medien und journalistisch-ethische Standards wollen wir aber nicht verzichten. Zur demokratischen Öffentlichkeit gehört für uns der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Das Bürgerrecht auf die eigenen Daten wollen wir wahren, auch wenn das Tempo der Innovationen in der Informationstechnik dies schwierig macht.

Die Kultur der demokratischen Gesellschaft

Die Sozialdemokratie war von Anfang an auch eine Kulturbewegung. Wir hatten immer einen weiten Kulturbegriff. Er reicht über die Künste hinaus und bezieht Bildung, geschichtliches Erbe und die Formen des Zusammenlebens ein. So brauchen wir eine politische Kultur, die unsere Demokratie stützt. Kultur ist in besonderer Weise der Raum, in dem sich die Gesellschaft ihrer Werte- und Zielvorstellungen vergewissert. Sie stärkt die Menschen, schafft Zugehörigkeit, das Bewusstsein von Verwurzelung und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Wir sind für den Dialog zwischen den Kulturen. Er dient dem inneren und äußeren Frieden, aber auch der Integration. Wenn friedliche Globalisierung gelingen soll, brauchen wir eine Kultur der Anerkennung, die der Ausgrenzung von Minderheiten, der Bildung von Parallelgesellschaften und fundamentalistischen Verengungen entgegenwirkt.

Friedliche Vielfalt wird nur möglich sein, wenn wir uns unserer geistigen Wurzeln in christlich-jüdischer Tradition, Humanismus und Aufklärung versichern. Nur eine ebenso

wertefundierte wie tolerante Kultur kann sich gegen den Versuch behaupten, Kultur und Religion als Mittel der Ausgrenzung zu missbrauchen.

Kultur ist ein öffentliches Gut. Sie zu fördern, ist Aufgabe der Bürgergesellschaft und des Staates. Privates, bürgerschaftliches Engagement begrüßen und fördern wir. Doch der Staat hat eine nicht delegierbare Verantwortung. Wir bekennen uns zu Deutschland als einem Kulturstaat. Er sichert die Vielfalt der Kulturlandschaft, die kulturelle Bildung, die Pflege unseres Erbes und unserer Erinnerungskultur. Er fördert die Künste und übernimmt Verantwortung für die soziale Absicherung freier künstlerischer Existenzen. Er wirbt für unsere Kultur im Ausland.

Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften

Wir bekennen uns zum christlich-jüdischen und humanistischen Erbe Europas und zur Toleranz in Fragen des Glaubens. Wir verteidigen die Freiheit des Denkens, des Gewissens, des Glaubens und der Verkündigung. Grundlage und Maßstab dafür ist unsere Verfassung. Für uns ist das Wirken der Kirchen, der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch nichts zu ersetzen, wo sie zur Verantwortung für die Mitmenschen und das gemeine Wohl ermutigen und Werte vermitteln, von denen die Demokratie lebt.

Wir suchen das Gespräch mit ihnen und, wo wir gemeinsame Aufgaben sehen, die Zusammenarbeit in freier Partnerschaft. Wir achten ihr Recht, ihre inneren Angelegenheiten autonom zu regeln.

Gleichstellung der Geschlechter

Wir erstreben eine Gesellschaft, in der Männer und Frauen gleich, frei und solidarisch miteinander leben. Seit ihrer Gründung im 19. Jahrhundert hat die SPD gleiche Rechte für Frauen gefordert und sie Schritt für Schritt durchgesetzt, vom Frauenwahlrecht bis zu gleichen Rechten in Ehe und Familie, im Beruf und im Zugang zu Bildungseinrichtungen.

Aber es stellte sich heraus, dass gleiche Rechte noch keine Gleichstellung bedeuten. Überwunden werden musste die traditionelle Rollenteilung zwischen Frau und Mann, die beiden schadet. Auch hier sind wir auf gutem Wege.

Aber immer noch haben Frauen geringere Berufs- und Aufstiegschancen, erhalten weniger Lohn. Immer noch ist es für sie schwieriger und aufreibender, Beruf und Familie zu vereinbaren.

Wir wollen, dass junge Frauen ihre Vorstellung von einem selbstbestimmten Leben verwirklichen können. Die meisten wollen beides: Beruf und Familie. Daher wollen wir, dass Frauen und Männer gleichermaßen Erwerbs- und Hausarbeit, Kindererziehung und gesellschaftliches Engagement ausüben können. Für dieses partnerschaftliche Leitbild muss die Gesellschaft die Bedingungen schaffen.

Dazu gehören neben gleichem Zugang zu beruflichem Aufstieg gleiche Bezahlung, elternfreundliche Arbeitszeiten, verlässliche pädagogische Ganztagsangebote für Kinder aller Altersstufen, nicht zuletzt existenzsichernde Erwerbsarbeit für Frauen.

Wer die menschliche und solidarische Gesellschaft will, muss die Gleichstellung von Frau und Mann hier und heute verwirklichen.

Nachhaltiger Fortschritt

Der Klimawandel zeigt: Die Natur reagiert auf die Art, wie Menschen mit ihr umgehen. Wir müssen rasch umsteuern. Fortschritt kann nur sein, was sich auf Dauer durchhalten lässt. Diesen nachhaltigen, zukunftsfähigen Fortschritt streben wir an, und zwar auf allen Feldern. Nicht alles, was Rendite verspricht, ist ökonomisch verantwortbar. Aber alles, was ökologisch nötig ist, zahlt sich, zumindest langfristig, ökonomisch aus.

Höhere Lebensqualität ist möglich, und zwar nicht nur hier und heute, sondern weltweit und für kommende Generationen. Wissen und Können der Menschheit reichen dazu aus, wenn wir es richtig, rechtzeitig und entschlossen einsetzen. Die Wirtschaft kann wachsen bei

geringerem Energieverbrauch. Wir können unseren Energiebedarf decken, ohne dem Klima zu schaden.

Wir fördern den Erfindergeist. Nutzen und Risiken neuer Technologien prüfen wir unvoreingenommen darauf, ob sie der freien Entfaltung, der Würde, der Sicherheit und dem Miteinander der Menschen dienen. Dies gilt auch für die Bio- und Gentechnologie und die neuen Möglichkeiten der Medizin. Sie führen uns in ethische Grenzbereiche. Ihre Erforschung und Anwendung erfordern deshalb ethische Reflexion und breite Diskussion. Wir suchen das Gespräch darüber mit der Wissenschaft ebenso wie mit den Kirchen und Glaubensgemeinschaften. Die Würde des menschlichen Lebens darf in all seinen Phasen nicht angetastet werden. Am Verbot des gezielten genetischen Eingriffs in die menschliche Keimbahn halten wir fest.

Schutz von Klima und natürlichen Lebensgrundlagen

Das Industriezeitalter hat auf erschöpfliche, schadstoffhaltige, teilweise höchst gefährliche Ressourcen gesetzt. Schlüsselaufgabe des 21. Jahrhunderts ist daher der Übergang von erschöpflichen zu unerschöpflichen, von schadstoffhaltigen zu schadstofffreien Ressourcen, von solchen, die menschliche Fehler mit Katastrophen wie in Tschernobyl bestrafen zu solchen, mit denen fehlsame Menschen umgehen können. Unser Ziel ist das solare Zeitalter.

Es ist möglich, durch Effizienzsteigerung und Einsparungen den Einsatz von Energie bis 2020 zu halbieren und bis Mitte des Jahrhunderts auf ein Viertel zu senken. Dies und der gleichzeitige Wechsel zu erneuerbaren Energien ermöglicht das Entstehen zahlreicher neuer Arbeitsplätze, vermeidet internationale Ressourcenkonflikte, fördert die Entwicklung der bisher nicht industrialisierten Welt, und überwindet Energieabhängigkeiten, die ganze Staaten erpressbar gemacht haben. Erneuerbare Energien sind überall die jeweils größten und auf Dauer verfügbaren heimischen Energiepotentiale. Gleichzeitig senken wir den Wasserverbrauch, weil atomare und fossile Energiegewinnung nur mit sehr viel Wasser möglich ist. Zuerst müssen solche Energien durch erneuerbare ersetzt werden, die, wie Erdöl und Erdgas, in absehbarer Zeit erschöpft sind und die wir überdies importieren müssen. Unter den fossilen Energieträgern hat daher die einheimische Kohle Vorrang.

Wir sind stolz darauf, dass eine sozialdemokratisch geführte Regierung die Energiewende zum Solarzeitalter eingeleitet und Deutschland in eine Vorreiterrolle gebracht hat. Daher betreiben wir auch die Einrichtung einer internationalen Regierungsagentur für erneuerbare Energien (IRENA):

Weltweit muss der Ausstoß von Treibhausgasen bis 2050 halbiert werden. Das Kyoto-Abkommen ist nur ein Anfang. Deutschland muss auf ehrgeizigere Abkommen zur Reduzierung von Treibhausgasen dringen.

Wir setzen auch auf erneuerbare Rohstoffe, besonders bei chemischen Grundstoffen. Wiederverwertungsverfahren sollen Material einsparen, Müll und Umweltschäden vermeiden. So kann eine moderne Kreislaufwirtschaft mit dauerhaften Chancen für kleinere und mittlere Betriebe entstehen.

Mobilität und Lebensqualität

Wir fördern notwendige und gewünschte Mobilität. Sie ist aber kein Selbstzweck. Überflüssige Wege wollen wir durch klügere Siedlungspolitik vermeiden. In unsere Verkehrsinfrastruktur muss kräftig investiert werden. Dabei haben die ökologisch günstigsten Verkehrsträger und der kombinierte Verkehr Vorrang. Wir wollen einen leistungsfähigen, modernen Schienenverkehr.

Der Personennahverkehr bleibt öffentliche Aufgabe. Bus und Bahn müssen wirtschaftlicher werden. Wir werden sie mit öffentlichen Mitteln unterstützen.

Technische Innovation mindert den Gegensatz zwischen Umwelt und motorisiertem Individualverkehr. Um sie zu beschleunigen, wollen wir die Kfz-Steuer nach dem Ausstoß von Kohlendioxid bemessen.

Schutz der Natur und der Tiere

Wir wollen die Natur in ihrer Vielfalt und ihrem Artenreichtum bewahren und den Flächenverbrauch deutlich vermindern. Wir wollen Pflanzen und Tiere besser schützen. Wir brauchen Räume der Erholung und der Musse. Aber wir fühlen uns zum pfleglichen Umgang mit der Natur auch da verpflichtet, wo kein unmittelbarer Nutzen für die Menschen daraus entsteht. Natur hat für uns Eigenwert, wir wollen von ihr lernen und ihre Kräfte für ein besseres Leben nutzen.

Daher wollen wir Tierquälerei bekämpfen, Tierversuche, wo immer dies möglich ist, vermeiden und artgerechte Tierhaltung durchsetzen. Zum effektiven Schutz der Meere und der Küstenregionen verlangen wir eine nachhaltige Fischereipolitik und durchsetzbare Sicherheitsstandards in Schifffahrt und Schiffbau.

Nachhaltige Landwirtschaft

Auch die Agrarmärkte internationalisieren sich. Hilfen für die Landwirtschaft geraten unter internationale Kritik. Aber die Kulturlandschaft, die wir der Landwirtschaft verdanken, ist ein Wert, den wir bewahren wollen.

Daher messen wir die finanziellen Leistungen der EU für die Landwirtschaft daran, was sie zur Erhaltung der Kulturlandschaft und der natürlichen Lebensgrundlagen und zur nachhaltigen Entwicklung der ländlichen Räume beitragen. Wir fördern eine Landwirtschaft, die den wachsenden Bedarf an anspruchsvollen Lebensmitteln, nicht zuletzt aus ökologischer Erzeugung, decken kann und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen schont. Landwirte und Verbraucher haben einen Anspruch auf gentechnikfreien Anbau.

Wir wollen eine Landwirtschaft, in der sich eine umwelt- und tiergerechte Produktion lohnt. Nur sie führt zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise. Damit sie ihre Position gegenüber einem hochkonzentrierten Lebensmitteleinzelhandel stärken können, brauchen die Landwirte neben den klassischen Zusammenschlüssen neue Formen der Kooperation.

Ländliche Räume haben eigene Entwicklungschancen, die sich mit nachhaltiger Landbewirtschaftung verknüpfen lassen. Dazu gehören Tourismus und nachwachsende

Rohstoffe. Wir unterstützen diese Regionen bei der Erhaltung und Beschaffung einer geeigneten Infrastruktur.

Wertschöpfung und gute Arbeit

Auch Wirtschaftspolitik muss nachhaltig, zukunftstauglich sein. Also gehört für uns der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu den Zielen der Wirtschaftspolitik. Zukunftsfähige Wirtschaftspolitik muss sich aber auch im globalen Wettbewerb bewähren. Daher wollen wir den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen vereinbar machen mit zwei anderen Zielen: einem möglichst hohen Wohlstand, an dem alle teilhaben und der Chance für alle, Frau oder Mann, ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu sichern.

Diese drei Ziele lassen sich nur bei hoher Wertschöpfung und internationaler Wettbewerbsfähigkeit erreichen. Wir bejahen und nutzen den technischen Fortschritt, wo er eine menschengerechte, sozial gerechte und nachhaltige Entwicklung fördert. Neue Technologien können neue Märkte schaffen, Wirtschaftswachstum entfachen. Wir begreifen Globalisierung als Chance für neue Arbeitsplätze und die Sicherung des Wohlstands. Dazu brauchen wir allerdings einen Ordnungsrahmen, den wir nationalstaatlich nicht mehr schaffen können.

Die Soziale Marktwirtschaft erneuern.

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine der herausragenden Leistungen des 20. Jahrhunderts. Dieses Erfolgsmodell, an dem Gewerkschaften und Sozialdemokraten beträchtlichen Anteil haben, hat wirtschaftliche Stärke verbunden mit Wohlstand für breite Schichten. Sie hat aus der Beteiligung und Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Produktivkraft gemacht und dem sozialen Frieden gedient.

Aber die Globalisierung, insbesondere die der Finanz- und Kapitalmärkte, stellt das bewährte Ordnungsmodell in Frage. Kein europäischer Nationalstaat kann allein soziale Marktwirtschaft durchhalten gegen ein global agierendes Kapital, für das allein die Höhe der Rendite zählt. Daher können wir unser Wirtschafts- und Sozialmodell nur gemeinsam mit der

europäischen Union zukunftsfest und zukunftstauglich für das 21. Jahrhundert machen. Auch da bleibt es dabei: Soviel Markt wie möglich, soviel politische Regulierung und Rahmensetzung wie nötig.

Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen. Unser Maßstab für erfolgreiche Wirtschaftspolitik sind mehr und bessere Arbeitsplätze. Im 21. Jahrhundert fordert wachsende wirtschaftliche Dynamik häufig den Wechsel des Arbeitsplatzes, manchmal des Berufs, vor allem aber ständiges Lernen. Phasen der Kindererziehung oder der Pflege älterer Angehöriger können das Berufsleben unterbrechen.

Trotzdem geben wir das Ziel der Vollbeschäftigung nicht auf, auch nach Jahrzehnten hoher Arbeitslosigkeit. Die Arbeit geht uns nicht aus.

Unsere Zukunft liegt in innovativen, hochwertigen Gütern und im Ausbau der Dienstleistungen, auch der einfachen. Dieser Ausbau gelingt nur, wenn jede Arbeit, auch die geringste Dienstleistung, Anerkennung findet und die Chance des Aufstiegs in qualifizierte Arbeit bietet.

Eine Politik der Vollbeschäftigung muss an vier Stellen ansetzen: Erstens hohes Wachstum durch einen Vorsprung bei marktfähigen Produkten und mehr Arbeitsplätze für Dienstleistungen. Zweitens muss der vorsorgende Sozialstaat helfen, Unterbrechungen und Übergänge im Erwerbsleben zu überbrücken und Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Drittens sind besondere Angebote öffentlich geförderter und gemeinwohlorientierter Arbeit nötig. Viertens muss Arbeitszeitverkürzung mehr Menschen in Arbeit bringen.

Dabei wollen wir die Erwerbstätigkeit von Frauen fördern, die Trennung in Männer- und Frauenberufe überwinden. Damit Frauen gleichberechtigt an Führungspositionen in Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung teilhaben können, bedarf es verbindlicher Zielvorgaben.

Zukunftsmärkte brauchen Politik

Aus der Globalisierung können und wollen wir nicht aussteigen. Die deutsche Wirtschaft hat beste Aussichten, die neu entstehenden Märkte mit attraktiven Gütern und Dienstleistungen zu versorgen. Wir setzen auf bessere Ideen, Innovation und Spezialisierung, also auf eine offensive Strategie des Qualitätswettbewerbs. Dies gilt besonders für die rasch wachsenden „grünen Märkte“. Hier wird die Rettung der Erde zum Antrieb für qualitatives Wachstum, das unsere Lebensgrundlagen nicht zerstört, sondern sichert.

Ökologische Industriepolitik

Der Staat kann und soll Märkte nicht ersetzen, wohl aber soll er ihnen einen Ordnungsrahmen, gelegentlich auch Impulse geben. Er muss Prioritäten setzen und sich als Partner von Wirtschaft und Wissenschaft auf strategische Felder konzentrieren.

Diese Möglichkeiten wollen wir nutzen, damit unsere Industrie das Rückgrat unserer Volkswirtschaft bleibt und Problemlösungen anbieten kann, die sich weltweit exportieren lassen. Eines der strategischen Felder sind Produkte, welche die Erderwärmung bremsen, der Verschmutzung von Luft und Wasser entgegenwirken. Damit neue Ideen rasch in neue Arbeitsplätze umgemünzt werden können, müssen sich Forschung, Produktentwicklung und Unternehmen enger vernetzen. Entsprechend müssen in der Politik die einzelnen Ressorts zusammenwirken und ökologische Industriepolitik als Querschnittsaufgabe begreifen.

Moderne Dienstleistungspolitik

Wenn der Anteil der Älteren zunimmt, muss auch die Zahl derer wachsen, die sich um sie kümmern. Geben die Menschen mehr für ihre Gesundheit aus, entstehen nicht nur Kosten, sondern auch Märkte. Dienstleistungen für Menschen in Bildung, Gesundheit, Handwerk, Sozialen Diensten oder Privathaushalten stehen nicht im internationalen Wettbewerb. Es liegt an uns, sie auszubauen und damit den Rückstand gegenüber anderen Ländern aufzuholen. Damit auch einfache Dienstleistungen attraktiver werden, soll eine stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme die Senkung der Lohnnebenkosten vor allem für kleine Einkommen ermöglichen.

Wachstum und Stabilität

Um konjunkturelle Krisen einzudämmen und zu überwinden, bedarf es nationaler wie internationaler Stabilisierungspolitik. Nationale wie europäische Finanz- und Geldpolitik muss Konjunktur festigen und stetiges Wachstum fördern.

Gute Konjunktur verlangt kräftige Binnennachfrage. Daher müssen Lohnsteigerungen sich am Zuwachs der Produktivität orientieren. Im übrigen brauchen wir Mindestlöhne. Auch kontinuierlich ansteigende öffentliche Investitionen können die Konjunktur fördern und verstetigen.

Solide Staatsfinanzen und öffentliche Zukunftsinvestitionen

Auch Staatsfinanzen müssen nachhaltig, zukunftstauglich sein. Solide Staatsfinanzen sind für uns Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen. Allerdings dürfen wir ihnen auch keine marode öffentliche Infrastruktur hinterlassen.

Wollen wir die Verschuldung der öffentlichen Haushalte zurückführen und gleichzeitig mehr in Bildung, Forschung und Infrastruktur investieren, braucht der Staat ausreichende, verlässliche Einnahmen, die in der Konjunktur möglichst wenig schwanken. Unternehmen und Privathaushalte müssen sich entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit am Steueraufkommen beteiligen. Daher halten wir an der bewährten Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, also an der progressiven Einkommensteuer fest.

Deutschland hat eine niedrige Steuerquote, dafür eine hohe Abgabenquote. Wir wollen die Arbeitskosten senken, indem wir die Sozialsysteme mehr über Steuern finanzieren.

Wissen und Qualifikation als Produktivkräfte

Erfindergeist, Einfallsreichtum und die Innovationen, die daraus entstehen, sind der wichtigste Rohstoff unseres Landes. Sie zu fördern und für hochqualifizierte Fachkräfte zu sorgen, ist

gemeinsame Aufgabe von Unternehmen, Gewerkschaften und Politik. Weil Wissen unsere Arbeitsplätze sichert, schützen wir das geistige Eigentum und bekämpfen Produkt- oder Markenpiraterie.

Um Kreativität zu fördern, brauchen wir eine Atmosphäre der Offenheit für Neues, eine Toleranz, in der Talent sich entfalten kann.

Wirtschaftliche Demokratie und soziale Teilhabe

Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen, Tarifautonomie und Streikrecht tragen und stützen die Soziale Marktwirtschaft. Teilhabe und innerbetriebliche Demokratie behindern nicht den unternehmerischen Erfolg, sie fördern ihn. Zur paritätischen Mitbestimmung von Kapital und Arbeit in den Aufsichtsräten großer Unternehmen bekennen wir uns ausdrücklich.

Wirtschaftliche Demokratie braucht starke, verantwortungsvolle Gewerkschaften. Bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen halten wir an der bewährten Arbeitsteilung zwischen Gesetzgeber, Tarifvertragsparteien, Betriebs- und Personalräten fest. Diese schließt die uneingeschränkte Tarifautonomie und den Flächentarifvertrag ein. Wir schützen Arbeitnehmerrechte. Dazu gehört auch der Kündigungsschutz

Modelle für die Mitarbeiterbeteiligung am Unternehmenskapital wollen wir attraktiver machen. Dabei darf das Unternehmensrisiko nicht auf die Arbeitnehmer übertragen werden.

Selbständigkeit und verantwortliches Unternehmertum

Zusätzliche Arbeitsplätze entstehen vor allem da, wo kreative Menschen Unternehmen gründen. Wir wollen die Bedingungen für Unternehmensgründungen verbessern, kleine und mittlere Unternehmen, Handwerker und Selbständige fördern. Wir brauchen eine Kultur der Selbständigkeit.

Unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung sind in dieser Kultur zwei Seiten einer Medaille. Wirtschaftspolitik kann sie nicht schaffen, wohl aber ermöglichen und ermutigen, vor allem durch einen fairen Wettbewerbsrahmen.

Kapital- und Finanzmärkte: Chancen nutzen, Risiken kontrollieren.

Eine moderne, global integrierte Volkswirtschaft braucht Kapital, also auch einen funktionierenden Finanzmarkt. Die Politik ist gefragt, wo es darum geht, jungen, innovativen Unternehmen besseren Zugang zu Wagniskapital zu verschaffen.

Wo alle Aufmerksamkeit Quartalsberichten und kurzfristigen, oft übertriebenen Renditen gilt, sind Unternehmen gefährdet, die durch langfristige Planung Arbeitsplätze sichern.

Daher wollen wir Anleger stärken, die sich langfristig engagieren, insgesamt eine Wirtschaftskultur der Langfristigkeit und der Nachhaltigkeit fördern. Entsprechend wollen wir das Stimmrecht der Aktieninhaber regeln.

Für international vernetzte, globalisierte Finanzmärkte bedarf es international legitimierter Aufsicht und international vereinbarter Regeln. Wir wollen sie gemeinsam mit anderen Staaten und internationalen Organisationen erarbeiten und durchsetzen.

Kleinere Banken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind für kleine und mittlere Unternehmen wichtig, weil sie sich durch langfristige Unternehmensfinanzierung auszeichnen. Deshalb und weil sie sich häufig auch am Gemeinwohl orientieren, werden wir sie nicht aufgeben.

Wettbewerb braucht Regeln

Märkte brauchen feste und faire Regeln. Dafür ist der Staat verantwortlich. Eine globalisierte Wirtschaft kann sich nationalstaatlichen Regeln entziehen. Daher sind wir weiterhin bereit, Zuständigkeiten an die Europäische Union zu übertragen. Wir suchen enge Abstimmung mit unseren EU-Partnern in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Dies gilt besonders für eine

koordinierte Steuerpolitik, aber auch für die Wettbewerbspolitik. Sie muss die Konzentration wirtschaftlicher Macht zumindest in Europa eindämmen.

Die Verantwortung der Verbraucher

Die organisierte Kraft der Verbraucher kann der wirtschaftlichen Entwicklung eine bessere, nachhaltige Richtung, innovativen Produkten eine Chance geben. Damit alle die geringe Macht sinnvoll und verantwortlich nutzen können, die mit jedem Einkauf verbunden ist, wollen wir transparent machen, unter welchen Bedingungen Produkte hergestellt oder Dienstleistungen erbracht werden. Dazu dienen erweiterte Informationsrechte, Transparenzregeln, Kennzeichnung und unabhängige Verbraucherberatung. Dies gilt auch für Finanzdienstleistungen.

Der vorsorgende Sozialstaat

Der Sozialstaat ist eine große zivilisatorische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Wir wollen sie zukunftsfähig machen. Der Sozialstaat ergänzt die bürgerlichen Freiheitsrechte durch soziale Bürgerrechte. Daher gehören für uns Demokratie und Sozialstaat zusammen. Die wirtschaftliche Dynamik, die unseren Wohlstand schuf, wurde mit Hilfe des Sozialstaats möglich, nicht ihm zum Trotz.

Sozialstaat ist organisierte Solidarität der jeweils Jungen mit den jeweils Alten, der jeweils Gesunden mit den jeweils Kranken, der jeweils Arbeitenden mit den jeweils Arbeitslosen, der Nichtbehinderten mit den Behinderten. Kern des Sozialstaats ist und bleibt die staatlich verbürgte soziale Sicherung und Teilhabe, der einklagbare Rechtsanspruch auf Sozialleistungen und die Arbeitnehmerrechte.

Globalisierung mit marktradikalen Vorzeichen hat weltweit die Kluft zwischen Reich und Arm vertieft. Dabei wurde mit der Behauptung gearbeitet, Ungleichheit fördere den wirtschaftlichen Fortschritt. Sie ist nicht nur zynisch, sie stimmt auch nicht. Wo die Kluft zwischen Arm und Reich schließlich zur Spaltung der Gesellschaft und zur Privatisierung der

Gewalt führt, gedeiht auch keine Wirtschaft. Zukunftsfähig ist nur eine Gesellschaft, die dem Leitbild des Wohlstands und der Teilhabe für alle folgt.

Wo die Erwerbsformen flexibler und häufig auch prekär werden, wird die zentrale Funktion des Sozialstaats noch wichtiger: Sicherheit im Wandel zu gewährleisten. Nur wer sich abgesichert weiß, wird Risiken eingehen.

Um dieses Sicherheitsversprechen zu erneuern, entwickeln wir den Sozialstaat weiter zum Vorsorgenden Sozialstaat.

Neues Leitbild

Das Leitbild unserer Sozialpolitik für das 21. Jahrhundert ist der Vorsorgende Sozialstaat. Er befähigt die Menschen, ihr Leben selbst bestimmt zu meistern. Er fördert Existenz sichernde Erwerbsarbeit, hilft bei der Erziehung, setzt auf Gesundheitsprävention und verhindert Armut. Er gestaltet den demografischen Wandel und begreift Bildung als zentrales Element der Sozialpolitik. Er fördert eine höhere Erwerbsquote von Frauen und Älteren. Er verhindert Ausgrenzung und erleichtert berufliche Integration. Er entlässt niemanden aus der Verantwortung für das eigene Leben.

Je erfolgreicher der Sozialstaat vorsorgt, desto besser ist er finanziell in der Lage; die großen Lebensrisiken, wie bisher, solidarisch abzusichern.

Übergeordnete Aufgabe des Vorsorgenden Sozialstaats ist die soziale Integration aller Menschen in die Gesellschaft. Schon das Berliner Programm hat formuliert: „Sozialpolitik will nicht nur reparieren und in Notfällen einspringen, sondern vorausschauend gestalten.“ Für gestaltende, integrierende Sozialpolitik müssen die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Gleichstellungs- und Familienpolitik, die kommunale Sozialpolitik, das Arbeitsrecht und die Politik zur Integration von Einwanderern miteinander vernetzt werden.

Der Vorsorgende Sozialstaat zielt auf Emanzipation, Teilhabe und Sicherheit.

Emanzipation sorgt dafür, dass Menschen ihr Leben frei und selbstbestimmt führen können.

Teilhabe an Bildung, existenzsichernder Arbeit, an den Mitteln zur Erhaltung und Wiederherstellung von Gesundheit muss ausnahmslos allen Menschen von Anfang an und immer aufs Neue offen stehen, also auch und gerade für Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigener Kraft bestreiten können.

Damit er diese drei Ziele erreichen kann, muss der vorsorgende Sozialstaat mehr am Bürgerstatus, weniger am Erwerbsstatus ansetzen. Daher werden wir der Bildung und Erziehung, und zwar so früh wie möglich, Priorität einräumen.

Wir brauchen mehr und bessere Dienstleistungen. Sie müssen nicht vom Staat erbracht werden, solange er die Qualität und den gleichen Zugang sichert.

Behinderte Kinder müssen früh gefördert werden, damit sie später in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können. Wir wollen Barrieren abbauen, damit Behinderte an allen Angeboten der Gesellschaft teilhaben können.

Gerechtigkeit und Solidarität gelten auch für die Finanzierung unseres Sozialstaats. Daher bleiben die paritätisch finanzierten Beiträge die Grundlage unserer Sicherungssysteme. Wir wollen sie ergänzen durch eine höhere und nachhaltig gesicherte Steuerfinanzierung.

Arbeit im Vorsorgenden Sozialstaat

Vorsorge muss verhindern, dass hart und gut arbeitende Menschen durch Überforderung und Angst um den Arbeitsplatz krank und vorzeitig zu Rentnern werden.

Daher wollen wir faire und gute Arbeitsbedingungen, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Schutz vor willkürlicher Kündigung, Diskriminierung und sexueller Belästigung.

Arbeitszeitpolitik entscheidet darüber, ob und wie Menschen am gesellschaftlichen oder kulturellen Leben teilhaben, ob sie sich ehrenamtlich betätigen können. Sie muss den berechtigten Interessen der Unternehmen ebenso gerecht werden wie den Bedürfnissen der Beschäftigten, ihren Qualifizierungschancen und vor allem ihren Familien. Arbeitszeitkonten

können dabei helfen, wenn sie gegen Insolvenz abgesichert sind, beim Arbeitsplatzwechsel mitgenommen werden können.

Damit Familie und Beruf vereinbar werden, wollen wir Arbeitszeitmodelle fördern, die es Müttern und Vätern gleichermaßen ermöglichen, sich um ihre Kinder zu kümmern.

Um die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitenden wie der Arbeitslosen durch Qualifizierung erhalten und fördern zu können, wollen wir die Arbeitslosenversicherung zu einer Beschäftigungsversicherung ausbauen. Qualifizierungsangebote müssen miteinander verzahnt, zentrale Lernzeitkonten eingerichtet werden. Zu einer solchen aktivierenden Sozialpolitik gehört ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung.

Für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chancen haben, brauchen wir einen öffentlich geförderten, gemeinwohlorientierter Arbeitsmarkt, der sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anbietet.

Gesund leben

Sozialdemokratische Gesundheitspolitik will Krankheit vermeiden und Gesundheit erhalten. Sie will Krankheit heilen und unheilbar Kranke menschenwürdig versorgen. Kranke haben, unabhängig von Herkunft, Alter oder Geschlecht denselben Anspruch auf Versorgung und gleiche Teilhabe am medizinischen Fortschritt.

Damit Deutschland sich nicht auf eine Zwei-Klassenmedizin zubewegt, wollen wir eine Bürgerversicherung einführen. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen unabhängig von ihrem Erwerbsstatus versichert sein und entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Finanzierung beitragen. Auch künftig sollen vorrangig paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebrauchte Beiträge unser Gesundheitswesen finanzieren. Jedoch muss ein gesicherter Steueranteil wachsen.

Jedes Kind hat ein Recht darauf, gesund aufzuwachsen. Wir bemühen uns, dieses Recht in Praxis umzusetzen. Wir fördern gesundheitsbewußtes Verhalten, Gesundheitserziehung von

Anfang an, verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen, auch in Kindertagesstätten und Schulen. Wo wir auf krankmachende Lebens- und Arbeitsbedingungen stoßen, gehen wir dagegen an.

Menschenwürdige Pflege

Die Prinzipien einer solidarischen Bürgerversicherung wollen wir auch in der Pflegeversicherung anwenden. Menschenwürdige Pflege wird auch künftig davon abhängen, wie Familie, privates Umfeld, ambulante und stationäre Einrichtungen sich wirksam ergänzen. Private und kommunale Initiativen wollen wir stärken. Jeder Mensch hat Anspruch auf ein Sterben in Würde.

Sicher und aktiv im Alter

Da Menschen länger leben und länger gesund bleiben, schließt sich an die Erwerbsphase inzwischen eine dritte aktive Lebensphase an. Wenn Menschen in dieser Phase aktiv und kreativ am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teilhaben können, kommt dies der ganzen Gesellschaft zugute.

Damit die Menschen auch künftig ihren Lebensstandard halten können, muss die gesetzliche Rentenversicherung die tragende Säule der Alterssicherung bleiben. Sie muss allerdings durch Einkünfte aus betrieblicher Alterssicherung sowie freiwilliger, aber staatlich geförderter privater Vorsorge ergänzt werden.

Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung von einer Versicherung der abhängig Beschäftigten zu einer Erwerbstätigenversicherung weiterentwickeln, in die auch Selbständige und Beamte einbezogen sind. Dabei halten wir am Erwerbseinkommen als Maßstab für die Rentenhöhe fest.

Die Rente muss also beitragsbezogen bleiben. Gleichzeitig muss Altersarmut vermieden werden. Daher müssen Sicherungslücken, in denen keine Erwerbsarbeit möglich ist, verhindert werden. Solange noch längst nicht alle Frauen Zugang zu durchgehender,

existenzsichernder Erwerbsarbeit haben, wird die bedarfsorientierte soziale Grundsicherung die gesetzliche Rente ergänzen müssen.

Vorsorgende Sozialpolitik in den Kommunen

Die Qualität des Vorsorgenden Sozialstaats erweist sich vor allem in der kommunalen Praxis, in hochwertigen Kindergärten und Schulen, in vielfältigen Angeboten für Sport und Freizeit.

Wir unterstützen eine Politik der Sozialen Stadt, die Stadtteile entwickelt, sich um Fragen des Wohnens, der Beschäftigung, des Lebensstils, der Qualifizierung und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben kümmert und sie bei Lösungsansätzen miteinander verbindet. Dabei kommt es darauf an, die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zum Miteinander, zur Selbsthilfe und zur Übernahme von Verantwortung zu ermutigen und zu unterstützen.

All dies entbindet die Kommunen nicht von ihrer traditionellen Aufgabe, Menschen in spezifischen Notlagen die dafür geeignete Hilfe zu leisten. Aber auch da können und müssen Kräfte der Selbsthilfe organisiert und unterstützt werden.

Wir unterstützen das Bemühen von Kommunen, bezahlbaren Wohnraum bereitzuhalten. Wir schützen die Rechte der Mieter.

Bildung in der lernenden Gesellschaft

Bildung kann unsere Gesellschaft zukunftsfähig machen. Sie ist die große soziale Frage unserer Zeit. Bildung eröffnet Wege für jede und jeden Einzelnen. Sie erst ermöglicht dem Menschen, sich selbst bestimmte Ziele zu setzen und Träume zu verwirklichen. Sie erschließt ihm den Zugang zu einer Welt im Wandel. Sie befähigt ihn zu Demokratie und sozialer Verantwortung. Sie eröffnet ihm die Chance auf Arbeit, sorgt immer neu für Teilhabe und soziale Aufstiegsperspektiven. Sie ist ein Schlüssel zur freien, friedlichen, gerechten und demokratischen Gesellschaft. Sie ist eine wirtschaftliche Produktivkraft von rasant wachsender Bedeutung. Nur Gesellschaften, die ein offenes, sozial durchlässiges und hoch entwickeltes Bildungssystem haben, gedeihen in der globalen Wissensgesellschaft.

Bildung ist mehr als Wissensvermittlung. Sie umfasst soziale Kompetenzen, ästhetische Erfahrung, ethische Reflexion und Sensibilität für Werte. Auch Orientierung ergibt sich nicht notwendig aus Wissen. Daher brauchen wir eine Aufwertung der politischen Bildung und der Erziehung zur Demokratie. Bildung stärkt die Persönlichkeit und befähigt zur Toleranz.

Das Wissen nimmt in atemberaubendem Tempo zu. Erworbene Kenntnisse sind rasch überholt. Schon immer lernen Menschen für das Leben, jetzt auch ein Leben lang. Wir wollen Freude am Lernen vermitteln und damit auch Offenheit für Ergebnisse der Forschung.

Der Staat hat dafür zu sorgen, dass Bildung für alle, unabhängig von ihrer Herkunft, in gleicher Weise zugänglich ist. Jeder Mensch hat das Recht auf eine gebührenfreie Ausbildung vom Kindergarten bis zur Hochschule. Ausgrenzung durch mangelnde Bildungschancen ist Unrecht.

Bessere Bildung verlangt höhere Ausgaben. Sie haben als Investition in Menschen Priorität.

Wer im Laufe seines Lebens in eine Sackgasse geraten ist, muss die Chance bekommen, Schulabschlüsse gebührenfrei nachzuholen und berufliche Abschlüsse zu erwerben. Wir brauchen eine Kultur der zweiten und dritten Chance.

Damit Bildung alle erreicht, bekämpfen wir den Analphabetismus. Wir fördern auch einen kompetenten, bewussten und kritischen Umgang mit Medien, auch mit Computer und Internet.

Aber Bildung bleibt immer auf die Menschen angewiesen, die sie vermitteln. Sie alle, ob im Kindergarten, in Schule oder Hochschule, können umso erfolgreicher wirken, je mehr sie in der Gesellschaft Verständnis, Anerkennung und Unterstützung finden. Daher wollen wir auch ihre Weiterbildung fördern. Damit Mädchen und Jungen Leitbilder finden, muss das Zahlenverhältnis zwischen Frauen und Männern vom Kindergarten bis zur Hochschule ausgewogener werden.

Niemand kann die Eltern aus der Verantwortung für ihre Kinder entlassen. Wir wollen ihnen durch Bildungs- und Betreuungsangebote helfen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Bildung von Anfang an

Da die ersten Wochen, Monate und Jahre über ein Leben entscheiden können, müssen die Eltern, aber auch Hebammen, Ärztinnen und Ärzte, Krankenschwestern und Krankenpfleger, auf ihre Aufgabe gut vorbereitet sein.

Kindertagesstätten sind für uns ein unentbehrliches Glied der Bildungskette. Wir wollen sie zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen, wo Familien Beratung, Weiterbildung und verlässliche Hilfe im Alltag finden. Dort können auch, nicht zuletzt durch Sprachförderung, herkunftsbedingte Benachteiligungen ausgeglichen werden.

Sozialdemokraten haben die Abschaffung des Schulgelds erkämpft. Jetzt fordern wir die gebührenfreie Ganztagsbetreuung für alle Kinder von Anfang an, ab dem zweiten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf Betreuung.

Gemeinsam lernen

Wir wollen die Ganztagschule ausbauen. Dort finden Kinder und Jugendliche auch einen Lebensmittelpunkt, wo sie im Umgang mit anderen Erfahrungen machen. Die Ganztagschule ist in ein soziales Umfeld eingebettet. Dazu gehören Betriebe, Sportvereine, Musikschulen, Volkshochschulen oder Träger der freien Jugendhilfe. So werden nicht nur Eltern entlastet, Kinder können ihre Stärken entdecken und entwickeln.

Wir wollen längeres gemeinsames Lernen verbinden mit besserer individueller Förderung. Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass dies nicht nur den Lernschwachen, sondern auch den Lernstarken zugute kommt. Nur so lässt sich die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft aufbrechen.

Wir wollen, dass Schulen selbständiger arbeiten. Sie erhalten verbindliche Standards, und ihre Leistungsfähigkeit wird regelmäßig überprüft. Dabei sollen sie jedoch weit mehr eigene Kreativität und Kompetenz entfalten können. Dazu gehören auch die Auswahl des Personals

und ein verlässliches Schulbudget. Unser Leitbild ist die demokratische Schule, in der die Lehrenden ebenso wie die Lernenden und ihre Eltern in die Entscheidungen eingebunden sind.

Studium und Forschung stärken

Wir wollen die Qualität von Lehre und Forschung an unseren Hochschulen verbessern, mehr Studienplätze schaffen. Verantwortlich für die Hochschulen ist der Staat. Er muss ihre Finanzierung sichern. Dazu ist auch ein finanzieller Ausgleich zwischen den Bundesländern nötig. Trotzdem sollen Hochschulen so weit wie möglich autonom sein. Alle, die am Leben der Hochschule beteiligt sind, sollen mitbestimmen.

Forschung und Lehre gehören zusammen. Hochschulen sollen insgesamt das breite Spektrum von Lehre und Forschung anbieten. Sozial- und Geisteswissenschaften sind ebenso zu fördern wie Natur- und Technikwissenschaften.

Wir wollen den Anteil der Studierenden aus bildungsfernen Familien erhöhen. Ein Studium muss auch für Menschen finanziell möglich gemacht werden, die sich bereits in einem Beruf qualifiziert haben.

Die Studienförderung muss dafür sorgen, dass mehr Studierende zu internationaler Erfahrung kommen. Zugleich soll unser Land offen sein für Studierende aus anderen Ländern.

Weiterbildung in der lernenden Gesellschaft

Für die lernende Gesellschaft wollen wir die Weiterbildung zur vierten Säule unseres Bildungssystems ausbauen. Auch sie steht in öffentlicher Verantwortung. Wir wollen Fortbildung finanziell und durch Freistellungsansprüche unterstützen. Tarifpartner und Betriebe wollen wir einbeziehen. Die geplante Beschäftigungsversicherung soll bei der Finanzierung helfen.

Wir werden auch die allgemeine, kulturelle und politische Weiterbildung nicht vernachlässigen. Sie muss auch den Älteren in der dritten Lebensphase zugute kommen. Dadurch werden Volkshochschulen noch wichtiger.

Politik für Kinder und Familien.

Kinder- und Familienpolitik muss vom Rand ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit rücken. Sie muss ressortübergreifend angepackt werden.

Unser Leitbild ist die Familie, in der Mutter und Vater gleichermaßen für Unterhalt und Fürsorge verantwortlich sind. Dies will die große Mehrheit der jungen Menschen. Es entspricht dem Bedürfnis der Kinder nach Mutter und Vater, und es sichert die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Familien.

Politik hat es jedoch mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu tun, auch wo sie diesem Leitbild nicht entspricht. Familie ist dort, wo Kinder sind und wo Lebenspartner oder Generationen füreinander eintreten. Für sie alle betreiben wir Familienpolitik.

In der Familie können Menschen auch in Zeiten rascher Veränderung Liebe, Halt, Geborgenheit und Orientierung erfahren, Sicherheit verspüren, Verantwortung füreinander lernen. Wir wollen unsere Gesellschaft zukunftsfähig machen, indem wir die Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern, Offenheit und Verständnis für Kinder wecken und ein Klima schaffen, in dem Kinder, auch wenn es nicht die eigenen sind, nicht als Last, sondern als Freude und Ermutigung wahrgenommen werden.

Wir müssen es jungen Paaren leichter machen, sich ihre Kinderwünsche zu erfüllen, ohne beruflich ins Hintertreffen zu geraten. Dies gilt besonders für Eltern, die sich für mehrere Kinder entscheiden. Paare, die sich drei oder mehr Kinder wünschen, sollen nicht aus finanziellen Gründen darauf verzichten müssen. Daher brauchen junge Familien schon bei der Familiengründung und in jeder Lebensphase gezielte Unterstützung.

Auch die Wirtschaft trägt Verantwortung für die Familie. Prekäre Erwerbsverhältnisse erschweren die Entscheidung für Kinder. Wo der allzeit verfügbare Arbeitnehmer zum Ideal

wird, leiden die Familien. Arbeitszeiten, die sich an den Bedürfnissen von Eltern orientieren, nutzen schließlich auch den Unternehmen.

Wenn Eltern sich trennen, darf dies nicht zum Armutrisiko für die Kinder werden. Alleinerziehende Elternteile, in der Regel die Mütter, sind ohne Betreuungsangebote nicht in der Lage, einen Beruf auszuüben. Dies macht Betreuungsmöglichkeiten besonders dringlich.

Elternrecht findet seine Grenzen, wo Kindesrecht verletzt wird. Kinder haben eigene Rechte, und wir wollen sie in der Verfassung verankern. Wo sie grob verletzt werden, müssen Staat und Gesellschaft eingreifen.

Weg und Ziel

Wir versprechen niemandem, dass wir die fehlerlose Gesellschaft oder gar ein irdisches Paradies schaffen. Dazu ist diese Welt zu sehr angefüllt mit Konflikten und Ausbeutung, mit Fanatismus und Gewalt. Auch unser Wollen und Planen ist dem Irrtum unterworfen. Aber wir lassen uns nicht entmutigen. Wir suchen in dieser Welt, wie sie ist, Wege in eine lebenswerte Zukunft.

Daher haben wir unsere Absichten auf ihre Zukunftstauglichkeit, ihre Nachhaltigkeit hin überprüft. Dies gilt ausnahmslos für alle Felder der Politik, von den öffentlichen Finanzen über den Vorsorgenden Sozialstaat und die Bildungspolitik bis zu einer Ökologienpolitik, die auch unsere Wirtschaft voranbringt. Das Ergebnis war: Wir können unser Land zukunftsfähig machen, und wir wollen es.

Nicht alles, was zukunftstauglich ist, Nachhaltigkeit verspricht, muss auf Anhieb populär sein. Das gilt für die Reform der sozialen Sicherungssysteme und die Steuerpolitik nicht weniger als für die Minderung der Treibhausgase. Aber wir haben uns entschieden: Im Zweifel für die Nachhaltigkeit. Das sind wir als älteste demokratische Partei Deutschlands unserem Land schuldig.

Wer den Leuten populistisch nach dem Mund redet, kann sich um die dringend nötigen Entscheidungen drücken. Wir suchen die Zustimmung und die Mitarbeit derer, die verstanden haben, dass wir uns Populismus nicht mehr leisten können.

Wir stehen in einer europäischen Tradition von zweieinhalb Jahrtausenden. Auch unsere Grundwerte haben wir nicht erfunden. Wer Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht gegeneinander ausspielt, wer verstanden hat, dass sie zusammengehören, aufeinander bezogen sind, steht in der Tradition des Demokratischen Sozialismus. Er hat einen soliden Wegweiser in eine lebenswerte Zukunft. Wir werden uns an diesen Wegweiser halten. Er führt zur Sozialen Demokratie.

Wir wissen, dass wir nicht die einzigen sind, die sich für das gemeine Wohl engagieren. Andere tun es in Gewerkschaften, Vereinen, Kirchen, Verbänden, sozialen Bewegungen und in den vielfältigen Gruppierungen der Zivilgesellschaft. Oft ist ihr Arbeitsfeld enger, aber auch klarer umrissen als das einer politischen Partei. Wir wollen sie davon überzeugen, dass Soziale Demokratie auch ihr Anliegen fördert, dass sie durch Mitarbeit in unserer Partei auch ihrer Sache dienen.

Die Sozialdemokratie war von Anfang an eine Partei der internationalen Solidarität. Jetzt sind wir als Mitglied in der Sozialistischen Internationale und der Sozialdemokratischen Partei Europas Teil einer starken politischen Familie. Dies macht uns Mut. Es stärkt unsere Hoffnung auf ein friedliches, konkurrenzfähiges, politikfähiges und damit zukunftsfähiges Europa und ein europäisches Sozialmodell, in dem Markt, Zivilgesellschaft und Staat einer humanen Gesellschaft verpflichtet sind. Wer Zukunft erschließen will, muss Europa politikfähig machen.